



Demokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Abstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einblendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich früh.

2. Jahrgang.

Samstag, 23. September 1922.

Nr. 224.

Das Ministerium der Verfallenen.

Das Ministerium Beneš zählt sein Leben nur noch nach Stunden. Vielleicht heute noch oder morgen, wird es seine Demission überreichen, um Herrn Svehla, der sich wie eine Primadonna zierte, ehe er sich zur Übernahme des Amtes als Ministerpräsident bereit erklärte, Platz zu machen. Es hinterläßt Staat und Wirtschaft in wenig erfreulichem Zustande. Es ist gerade ein Jahr her, seit Dr. Beneš die Führung der Regierung übernahm. Die Retrospektive der ihm ergebensten Blätter werden wesentlich anders lauten, als die Geburtstagsartikel für sein Ministerium klangen. Noch sind die Lobeshymnen nicht vergessen, die ihm, dem Meister der Pressepropaganda damals von der tschechischen Presse gewidmet wurden: wirtschaftlich und sozial sollte das große Zeitalter anbrechen, da in den Bächen Milch und Honig fließt, politisch und national sollte die große „Konsolidierung“ — das Leihwort des Herrn Dr. Beneš — hereinbrechen, die Anbahnung einer Verzichtung mit den Deutschen in die Wege geleitet werden. Wer es wagte, an der berühmten Konsolidierung durch den dem Reden zugewandten, der Lat abholden neuen Ministerpräsidenten zu zweifeln, wurde von seinen journalistischen Schalltrichtern niedergeschrien. Heute nach einem Jahre hat die Wirtschaft des Staates eine verzweigte Ähnlichkeit mit einem Trümmerhaufen und die nationale Konsolidierung hat gar nicht erst angefangen. Statt dessen ist es dem Ministerium gelungen, die nationalen Gegensätze ins Maßlose zu steigern.

Es mag sein, daß auch ein Stärkerer und Willensbereiter, als es Dr. Beneš war, nicht imstande gewesen wäre, der Schwierigkeiten, die in den Nachkriegsverhältnissen und im Wesen wie in der Konstruktion des Staates begründet erscheinen, Herr zu werden. Aber der Gegensatz zwischen den Vorherrscher, die sich Dr. Beneš von der ihm getreuen Presse pflücken ließ und den Erfolgen, die er zu verzeichnen hat, ist ein so schreiender, daß man, wenn man dies wollte, vergeblich nach Milderungsgründen Ausschau halten würde. Vielleicht liegt ein Milderungsgrund darin, daß Herr Dr. Beneš Ministerpräsident gar nicht werden wollte und daß er eines Tages selbst überrascht war, sich an der Spitze der Regierung zu sehen. Als nach Verabschiedung des Beamtenministeriums die neue Regierung gebildet wurde, galt bis zum letzten Augenblicke Herr Svehla als der kommende Mann, der es sich, aus bisher unaufgeklärten Gründen plötzlich überlegte und — wieder nach Primadonnenart — unter Vorherrscher einer Erkrankung sein erstes Auftreten verjähob. Um die Bildung des neuen Ministeriums überhaupt zu ermöglichen, mußte Beneš als Lückenbüßer einspringen. So hastete dem Ministerium stets der Charakter eines provisorischen an; eine wirkliche Regierung konnte es auch schon deshalb nicht darstellen, weil hinter ihr die Macher der Pötte standen, welche die Regierungsfäden in Händen hielten. Die bei Dr. Beneš etwa bestandene Absicht, wirklich führend aufzutreten, mußte schon an diesem Umstande scheitern. Noch geringer mußten die Hoffnungen sein, daß er, dessen diplomatische Ränke bei der Verteidigung der Gewaltfriedensverträge, bei der Teilung Oberschlesiens und bei der Beratung der Minderheitsfrage im Völkerbund, ihn als schroffen Feind einer ehrlichen Verständigung mit den durch die Friedensverträge unterjochten Völkern erkennen lassen, den Willen mitbringe, für die Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen zu wirken. Die seinem Ministerium tagzwei verliehene Bezeichnung eines Ausgleichsministeriums war denn auch eine der ärgsten Falschmeldungen in der politischen Geschichte dieses Staates. Der Regierungskurs war unter Beneš ein noch weit nationalistischer, als unter der vorangegangenen Regierung.

Hinterläßt das Ministerium auf politischem Gebiete also nur Enttäuschungen, so bietet sich das Bild seiner wirtschaftlichen Tätigkeit als eine Reihe von Verwüstun-

Wirtschaftskrise und Steuerung.

BetriebsEinstellungen, Arbeiterentlassungen und Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung in der Textilindustrie.

Am Dienstag, den 19. d. M. fanden in Prag im Ministerium für soziale Fürsorge unter Leitung des Sektionsleiters Dr. Grec und im Beisein des Zentral-Gewerbeinspektors Dr. Sauer, Verhandlungen zwischen den Vertretern der deutschen und tschechischen Textilindustriellen und den Vertretern der „Union der Textilarbeiter in Reichenberg“, des tschechischen Textilarbeiterverbandes in Brünn und des Nachoder (tschechisch-nationalsozialistischen) Textilarbeiterverbandes statt. Es wurde über die Frage der Betriebs-einstellungen, Arbeiterentlassungen und der Unterstützung der Arbeitslosen durch die Betriebe, verhandelt. Von den Vertretern der Arbeiterseite wurde verlangt, daß Entlassungen und Betriebs-einstellungen nicht erfolgen dürfen und daß dort, wo Betriebs-einstellungen absolut unvermeidlich wären, die beschäftigungslos gewordenen Arbeiter durch die Betriebe die Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt erhalten.

Nach Beratungen der Unternehmer über diese Forderungen, erklärten sie, daß sie sich auf die Vereinbarungen vom 23. Juni d. J. berufen, welche, wie festgelegt wurde, bis 31. Dezember d. J. in Geltung sind.

Diese Vereinbarungen haben jedoch nur faktatisch Geltung und es wird darin wohl ausgedrückt, daß die Industriellen die Entlassungen möglichst vermeiden und die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung durch die Betriebe vornehmen, jedoch halten sich viele Unternehmer an diese Vereinbarungen nicht, was von den einzelnen Vertretern der Textilarbeiterseite den Unternehmern bei dieser Beratung vorgehalten wurde. Die Unternehmervertreter erklärten, kein Mittel zur Erzwingung der Anerkennung und Einhaltung der bestehenden Vereinbarung gegenüber den sich ablehnend verhaltenden Unternehmern zu besitzen und verwiesen weiter darauf, daß auch die zur Kritik herausfordernde Art, in der das Ministerium für soziale Fürsorge bei der Refundierung der ausgezahlten Unterstützungen in vielen Fällen vorgeht, nicht dazu angeht, alle Unternehmer für diese Vereinbarung und deren Durchführung zu gewinnen.

Gen. Roscher verwies eindringlich darauf, daß die Situation heute für die Arbeiter eine solche sei, daß sie sich mit dieser von den Unternehmern abgegebenen Erklärung nicht abfinden lassen und daß es daher ganz unmöglich ist, daß sich die Vertreter der Arbeiterschaft mit

diesem hier eingenommenen Standpunkt der Unternehmer einverstanden erklären können. Es muß unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß die Arbeiter, welche ohne ihr Verschulden durch diese Krise in bitterster Not geraten sind, vor der Verzweiflung geschützt und ihnen die Aussicht gegeben wird, bei Wiederaufnahme der Betriebe wieder ihren alten Arbeitsplatz einnehmen zu können. Im gleichen Sinne sprachen die Vertreter des Brünnener und des Nachoder Textilarbeiterverbandes.

Nach längeren Beratungen mit den Unternehmern wurde erzielt, daß sowohl durch den deutschen als auch den tschechischen Textilindustriellen-Verband jenen Unternehmern, welche bisher bei Betriebs-einstellungen oder Reduzierungen, die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung durch die Betriebe noch nicht durchgeführt haben, dringlichst nahegelegt wird, sich der vorerwähnten Vereinbarung anzuschließen. Voraussetzung ist, daß das Ministerium für soziale Fürsorge in der Refundierung der ausgezahlten Unterstützungsbeiträge keine Verzögerung eintreten läßt und daß weiters durch dieses Ministerium von den ausgezahlten Beträgen, wenn diese von den politischen Verwaltungsbehörden auf Grund der vorgelegten Auszahlungskisten und Besche für richtig anerkannt worden sind, keine Abstriche gemacht werden.

Sektionsrat Dr. Grec sagte zu, daß das Ministerium für soziale Fürsorge, im Falle diesbezüglich berechtigte Beschwerden erhoben werden, deren Erledigung raschest durchzuführen werde.

Gemeinsame Beratungen zwischen der Union der Textilarbeiter in Reichenberg und dem tschechischen (Brünnener) Textilarbeiterverbande.

Am Dienstag, den 19. d. M. fand in Prag eine gemeinsame Sitzung von Vertretern der Union der Textilarbeiter in Reichenberg und des Brünnener Textilarbeiterverbandes statt. Gegenstände der Beratungen waren die anlässlich der Krise erfolgten Betriebs-einstellungen und Arbeiterentlassungen, sowie die Frage der Stellungnahme zu den von den Textilindustriellen auf der ganzen Linie vorgekommenen Vertragskündigungen. Die Beratungen ergaben vollste Übereinstimmung beider Verbände über die auf der Unionkonferenz der Union der Textilarbeiter in Reichenberg, am 13. und 14. d. M. aufgestellten Richtlinien, nach denen beide Verbände einheitlich bei der Vertretung der Interessen ihrer Mitgliedschaften in den oben erwähnten Fragen vorgehen werden.

der abtretenden Regierung selbst in jenem Teil der tschechischen Arbeiterschaft hinterlassen hat, dessen nationalistische Ideologie ihn noch vor einem Jahre völlig im Banne hielt und zum rückhaltlosen Bewunderer aller Einrichtungen in der „nahe Republik“ machte. Da das am grünen Holze geschieht, läßt sich der Wert der Tätigkeit des Ministeriums Beneš schon nach Gebühr abschätzen.

Das neue Ministerium wird aber eine böse Erbschaft antreten: eine sich stetig steigende Wirtschaftskrise, ein riesiges Loch im Staatshaushalt, das trotz aller „Abstriche“ nicht kleiner werden will, gesteigerte nationale Gegensätze und eine trotz aller Beschwörungslüste wankende Regierungsmehrheit. Herr Svehla zeigt guten Mut, da er in dieser Wirrnis die Leitung der Regierungsgeschäfte übernimmt. Selbst die in „Stimmung“ machende tschechische Presse hat die rosiggen Brillen abgelegt und da und dort wird dem neuen Ministerium schon jetzt keine lange Lebensdauer vorausgesagt. Bis zur Erkenntnis, daß es mit den bisher angewandten Mitteln nicht geht, und daß nur eine Regierung für eine gesunde Entwicklung des Staates den Weg ebnen kann, welche Mut und Kraft findet, den Staat selbst an Haupt und Gliedern umzugestalten, ist freilich noch ein weiter Weg. Dem Jahre der Verfallenen werden wohl noch einige folgen, ehe das Unentbehrliche und Unerlässliche geschieht. Dr. Beneš darf mit dem Bewußtsein scheiden, diesem notwendigen Fortschritt nicht gedient, ihn vielmehr nach Kräften gehindert zu haben.

Arbeiten des Völkerbundes.

Die donnerstägige Sitzung des Völkerbundes hat in Anträgen und Resolutionen Wege beschritten, die, fortgesetzt, manches positive Ergebnis zeitigen und bewirken können, daß sich der Bund aus einem Exekutivorgan der diversen Regierungen zu jener Selbstständigkeit entwickelt, deren er für seine eigentlichen Aufgaben unbedingt bedarf. Ob Tatwille, ob bloß das Bedürfnis, unverbindlich „Ideen“ zu verkünden, hinter den Resolutionen steht, wird die nächste Zukunft lehren; vorläufig kann man jedenfalls das herzhafte Anpacken der Probleme als einen gewissen Fortschritt begrüßen.

Diese Anerkennung bleibt auch der Behandlung der Minoritätenfrage gegenüber bestehen, trotzdem des Positiven, das sich aus den einstweiligen Beschlüssen zu regeln vermag, nicht eben viel ist. Die meisten berechtigten Hoffnungen und Wünsche der Minderheiten wurden bitter enttäuscht und ihnen, die wahrlich nirgends ein beacidenwertes Dasein zu führen haben, von allen Rednern der billige Rat erteilt, hübsch loyal zu sein und sich bei den Mehrheiten um den Ehrennamen eines „braven Staatsbürgers“ zu bemühen. Daß auch den Mehrheiten eine Lehre not tate, vermag die Herren zu sagen, und doch ist es verdammt schwer, einem Staatsvolk gegenüber „loyal“ zu sein, das auf sein Herrmentum pocht und den Minderheiten jedes Zugeständnis hintersieht, wie einem zudringlichen Bettler eine trodene Brotkruste.

Zimmerhin hat der Völkerbund die Minoritätenfrage „in seine Einflusssphäre“ einbezogen und sich entschlossen, „Schüter der Minderheitsrechte“ zu werden, diese „mit taktvollen Mitteln durch offizielles Eingreifen des Rates zu beschützen und den internationalen Gerichtshof,“ allerdings „bloß ausnahmsweise“ anzurufen, „wenn andere Mittel verfallen sollten und nur in dem Falle der Nichtübereinstimmung der Ansichten zwischen einem Staate, der Mitglied des Völkerbundes ist, und einem andern Staate.“ Wenn auch verlausfert und in schwachen Ansätzen, ist hier doch der internationale Rechtsboden gegeben, auf welchem eine Minderheit, sofern sich ihrer ein Staat als Vertreter annimmt, ihre berechtigten Forderungen wird erkämpfen können, brutale Verweigerungen durch die Mehrheit können fortan, sofern der Völkerbund sein Versprechen ernst macht, ihre Schranke finden. Das Axiom der Majoritäten, Minderheitsfragen seien durchaus eine innerstaatliche Angelegenheit, ist gestürzt und alle Mahnungen an die Minoritäten zur „Loyalität“ vermögen den Herrenvölkern diesen bitteren Kern des Völkerbundes nicht völlig zu überdecken. Freilich wird es viel Zeit brauchen, bis der hier ausgestreute Same aufsteht, an Augenblicksbedeutung ist ein anderes Ereignis der Donnerstagsitzung weit bemerkenswerter.

Der französische Delegierte Senator Joubert trat nämlich mit einem Resolutionsantrag hervor, welcher die Schicksalsfrage der Reparationen und der interalliierten Schulden um ein bedeutendes Stück der Lösung näherzubringen vermag. Joubert unterbreitete folgenden Entwurf:

„In Anbetracht der Tatsache, daß die materielle Abrüstung vorher die moralische Abrüstung erfordert und daß diese nur in einer Atmosphäre der Sicherheit und des gegenseitigen Vertrauens verwirklicht werden kann, stellt die Völkerbundversammlung fest, daß dieses Vertrauen unmöglich ist, solange die Welt leidet, andauern, und daß diese Schäden nur durch die Beendigung der Unsicherheit geheilt werden können, die über die Mittel besteht, mit denen die verwüsteten Gebiete wiederhergestellt werden können, sowie der Unsicherheit über die Regelung der interalliierten Schulden. Sie spricht den Wunsch aus, daß in dem Maße, in dem diese Fragen unter alleiniger Mitwirkung der europäischen Nationen geregelt werden können, die Signaturregierungen der Verträge und internationalen Abkommen, deren Gegenstand diese Fragen sind und in deren Rahmen sie ins Auge gefaßt werden müssen, so schnell wie möglich zu einer gemeinsamen Lösung des Reparationsproblems und des Problems der interalliierten Schulden gelangen. Sie spricht weiter den Wunsch aus, daß der Völkerbundrat allen Bemühungen, die in diesem Sinne von den interessierten Regierungen gemacht werden, ständige Aufmerksamkeit schenkt, wobei vorausgesetzt wird, daß der Rat bei der Lösung dieser Probleme nicht nützlich mitwirken kann, falls die Regierungen ihn nicht dazu auffordern.“

Run wird sicher kein Vernünftiger hinter diesem Vorschlag eitel Idealismus wittern, sondern jeder ihn als geschickten politischen Schachzug durchschauen. Es heißt den Engländern den Wind aus den Segeln nehmen, wenn man sich als Franzose für eine großzügige Lösung der Repa-

rationsfrage einsetzt und wenn man diese in Verbindung mit dem Schuldenproblem aus der Kompetenz des Reparationsausschusses in jene des Völkerbundes verlegt. Das ist Syllod verführerisch Frankreich mag sich in der Rolle des Völkerwohltäters vorzüglich gefallen. Aber darum ist die praktische Bedeutung des Vorschlages um nichts geringer. Zudem nur die europäischen Signatarmächte um ihre Zustimmung zum neuen Regelungsvorschlag angegangen werden, tritt die so wichtige Frage, ob der Hauptgläubiger Amerika da mituntun will, an die zweite Stelle, und überdies hat man in Washington öfters geäußert, daß man mit sich werde reden lassen, bis Europa sich selbst wirtschaftlich gefestigt haben. Der Weg dazu ist gewislich, reichlich eilt es, ihn zu betreten. Denn wollte man ihn erst einschlagen, bis Deutschland zusammengebrochen ist, wäre es zu spät. Die günstige Aufnahme, die Frouvenels Vorschlag fand, gibt keinen Anlaß zu unbedingtem Optimismus, besonders einsichtig klangen die Worte des belgischen Delegierten Symans: Man habe lange nicht den Gedanken ausgesprochen gewagt, daß das Reparationsproblem und die Frage der interalliierten Schulden als Hindernis des Friedens der Geister auf Europa laufe, den Krieg verlängere und den Weg zur politischen und wirtschaftlichen Harmonie in Europa verperrle.

Wenn der Vertreter Englands, Fisher, sein Einverständnis in beinahe überschwenglicher Weise kundtat, so geht man nicht fehl, die Ursache dafür in Englands gefährlicher Verlegenheit im Nahen Osten zu suchen. Diese legt es der britischen Regierung nahe, sich jetzt mit Poincaré, der Trümper in der Hand hat, möglichst gut zu stellen und auf der seinerzeitigen Forderung der Valfournoter nicht allzusehr beharren. Frankreich solle mit der Schuldensatzung möglichst bald beginnen. Wie weit Deutschland Grund hat, sich der neuen Sachlage zu freuen, wird von der Verbindung der Streichung ihrer Schulden und der Herabsetzung der Reparationen herzustellen geben. Die scharfe und oft unterdrückte Betonung des Rechts auf Wiedergutmachung mahnt, die Sache nicht durch allzu rosenrot gefärbte Brillen zu betrachten, aber eine Widerwind der Krise müßte auf jeden Fall eintreten, wenn Frouvenels Anregung auf fruchtbaren Boden fällt. Der Völkerbund hat eine Gelegenheit bekommen zu zeigen, daß er etwas taue. Durch die Erfahrung gewöhnt, bewahren wir vorderhand kühlste Reserve. Es wird Sache des Bundes sein, zu erweisen, ob er Vertrauen verdiene oder nicht.

Inland.

Die unzufriedenen nationalsozialistischen Gewerbetreibenden. Die tschechischen Nationalsozialisten werden immer renitentier — wird Dr. Raschin sagen. Nach den Widerspenstigkeiten Dr. Erbenstys und des Arbeitsministers Tučný, die allerdings im eigenen Lager schleunigst übertrübt worden sind, sind es nun die tschechisch-sozialistischen Gewerbetreibenden, welche in ihrem Organ „Zivnostenska Listy“ sagen, die Regierungserklärung zur Wirtschaftskrise sei schwach, unklar und entspreche nicht den langen Vorbereitungen und Erwartungen. Es sei darin Schwäche vor allem gegen das Bankkapital ersichtlich und niemand werde schlagend, wenn er hier den Einfluß Dr. Raschins und der „Zivnost“ erblicke. Die Gewerbetreibenden äußern die Ansicht, die tschechischen Nationalsozialisten hätten besser daran getan, außerhalb der Koalition zu bleiben. Denn es habe sich erwiesen, daß darin alles so gehe, wie es die bürgerlichen Parteien wünschen. Besonders scharf wendet sich das Blatt gegen die Agrarier und gegen die Verwaltungskommissionen der Banken. Es verweist darauf, daß die tschechischen Nationalsozialisten mit deren Repräsentanten in der Regierung sitzen und in

den Versammlungen gegen sie sprechen. Ebenso einseitigen verhalten sich die tschechisch-nationalsozialistischen Gewerbetreibenden gegen den Einfluß der Merkmalen. — Unter solchen Umständen ist es ganz logisch, wenn diese Gruppe zuletzt ausruft: „Es ist eine Politik der Personen und deshalb heraus aus der Position, wo wir nichts leisten können! Die Verantwortung müssen diejenigen tragen, welche effektiv regieren. So urteilen manche Mitglieder der tschechischen nationalsozialistischen Partei über die Koalition, über die Politik der Partei und über ihre Führung! Ob angesichts solcher Revolution eine Rede des Senators Klossak oder ein in Form eines Kommentars alles gutmachender Artikel im „Cesta Slovo“ sozialistische Partei, imstande sein wird, zu verdeden, muß abgewartet werden.“

Auch dem „Pravo Lidu“ geht es zu langsam. In einem Artikel des gestrigen „Večerník Prava Lidu“ wird bestätigt, was die „Prager Presse“ tags zuvor gemeldet hatte, daß nämlich die Rekonstruktion der Regierung erst nach der Rückkehr Dr. Benešs aus Genf erfolgen werde. Möglicherweise wird zugestanden, daß die Verhandlungen zwischen den konzentrierten tschechischen Parteien außerordentlich beschwerlich und zähe sind. Wie gewöhnlich entstanden im letzten Augenblicke, da sich die Beratungen offenbar einem gedeihlichen Ende näherten, neue Anträge und Bedingungen der einzelnen Parteien, welche auf Widerstand stießen: Die Beschwerlichkeit des Verhandlung ist bei der Verschiedenartigkeit der Parteien, welche die Koalition bilden, naturgemäß. Aber wir fürchten, sagt das Blatt, daß neue Verlängerungen eine Aufschiebung der Parlamentarisation bewirken werden, dessen Einberufung alle Volksparteien fordern. Das Parlament soll sich mit denjenigen Maßnahmen gegen die Krise und die Arbeitslosigkeit beschäftigen, welche gesetzliche Maßnahmen brauchen; daneben soll es das nächstjährige Budget erledigen. Und da sind die Beschränkungen berechtigt, daß sich das wiederholen wird, was schon so oft Anlaß zu Vorwürfen war und was unserem Parlamentarismus nicht zur Würde gereicht, nämlich die überreife Arbeit in Tages- und Nachtsitzungen. Nicht nur im Abgeordnetenhause, sondern vor allem im Senat, welchem nur einige Tage zur Behandlung der vom Parlament genehmigten Vorlagen übrigbleiben, wird immer dringender darnach gerufen, daß der Nationalversammlung genügende Zeit belassen werde, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Ueber die Regierungsumbildung verhandelt man bereits eine Reihe von Monaten, deshalb ist es begreiflich, daß Stimmen laut werden, welche urteilen, daß sie schon längst beendet sein könnten.

Die Landesverwaltungscommission für Böhmen hielt am 20. September eine Sitzung ab, in der unter anderem für zwei neuerrichtete landwirtschaftliche Winterschulen im tschechischen Gebiete Subventionen von 100.000 bzw. 280.000 Kronen bewilligt wurden. Weiters wurde die Uebernahme einiger privater landwirtschaftlicher Schulen in den Landesbesitz genehmigt. Von bedeutungsvolleren Beschlüssen wären noch hervorzuheben: Die Genehmigung des Baues einer neuen Brücke über die Elbe bei Kolín, wozu das Land einen Betrag von zwei Millionen Kronen zu leisten sich bereit erklärt hat. Für die Zwecke der Landesausstellung für kretophulöse Kinder in Luzn wurde ein Teil des Grundbesitzes in Chroustowitz beschlagnahmt.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

lich werden, so lange diesen dominanten Merkmalen keine reinen Anlagen zugrunde liegen, wie und da Rückschlüsse, Atavismen, zu den Stammvorfahren auftreten.

Die größte Bedeutung hat ferner die mendelstische Betrachungsweise der Vererbung von Krankheiten erlangt. Schon allein die Unterscheidung dominanter und rezessiver Krankheiten ist für die Eugenik, das ist die Wissenschaft von der Befundung des Menschengeschlechtes durch Regelung der Fortpflanzung, richtunggebend geworden. Ist eine Krankheit dominant, dann muß sie sich überall zeigen, wo die Anlage vorhanden ist; in diesem Falle sind alle äußerlich Gesunden auch innerlich gesund, d. h. sie haben keine Krankheitsanlagen in sich. Ist die Krankheit rezessiv, dann kann ein äußerlich gesunder Mensch aus einer kranken Familie den Krankheitskeim in sich tragen und namentlich bei Verwandten die Krankheit auf seine Kinder übertragen. In mühevollen, statistischen Untersuchungen wurden für viele Krankheiten die dominante, beziehungsweise rezessive Vererbungsweise festgestellt. Im letzteren Falle sind die auch sonst gefährlichen Verwandten unbedingt verwertlich und in Amerika, wo die eugenische Gesetzgebung bereits in vielen Staaten ausgestaltet ist, auch gesetzlich verboten.

Aber auch die theoretischen, weltanschaulichen Konsequenzen aus der Mendelstheorie sind weitreichend. Nach der Vorstellung der Nachfolger Mendels, der Neomendelisten, stellt jedes Lebewesen, beziehungsweise jede Art und Klasse ein Mosaik aus starken, unveränderlichen Merkmalen beziehungsweise Merkmalsanlagen vor. Seit Darwin hat die alte Lehre von der Konstanz der Arten, die durch religiöse Vorurteile gestützt, von den älteren Wissenschaftlern wie zum Beispiel Linne, Cuvier, u. a. zum Gesetz er-

Der Parteitag der Unabhängigen.

Zu unserer gestrigen Trahtnachricht über den Parteitag der U. S. P. D. bringen wir folgende uns aus Oera übermittelte Ergänzung:

Die heutige Vormittagsitzung des U. S. P. D. Parteitages begann nüchtern und geschäftsmäßig mit der Erstattung des Geschäfts- und Kasienberichts durch den Parteikassierer Genossen Ludwig. Dieser konnte in seinem Bericht konstatieren, daß alle jene sehr unrecht haben, die behaupten, die U. S. P. sei im Absterben. Die Partei hatte zwar in den seit dem letzten Parteitag verflorenen sieben Monaten, wohl hauptsächlich infolge der Wirtschaftskrise des Proletariats, einen geringen Mitgliederverlust von 897 Mitgliedern zu verzeichnen, sie zählt aber trotzdem heute noch 290.762 Mitglieder. Die Gesamteinnahmen betragen in den sieben Monaten rund 1.678.000 Mark, denen Ausgaben von rund 1.167.000 Mark gegenüberstehen. Das Gesamtbild ist jedenfalls so, daß kein Anlaß vorliegt, verzagt zu sein. Der Vorsitzende der Kontrollkommission Genosse Bod erklärte, daß gegen die Geschäftsführung der Zentralkomitee keinerlei Beschwerden eingelaufen sind. Er hob ferner hervor, daß alle Behauptungen der Gegner, ein Parteiorgan (Saargebiet) arbeite mit fremden Geldern, völlig falsch sind. Die Partei sei zwar arm, aber ehrlich und unabhängig in jeder Hinsicht.

Als Berichterstatter der Reichstagsfraktion entrollte Abgeordneter Genosse Dr. Moses ein Bild der umfangreichen parlamentarischen Tätigkeit der Fraktion der U. S. P. Er betonte, daß sich die Fraktion in der Außenpolitik von dem Gesichtspunkt leiten ließ, eine Verständigung der Völker, besonders der Proletariat, herbeizuführen, um die Revision des Versailler Friedensvertrages herbeizuführen. Unter diesem Gesichtspunkt treibe sie Erfüllungspolitik unter der Voraussetzung, daß die Lasten daraus mehr als bisher der bestehenden Klasse auferlegt werden. Wenn das Kabinett Wirth diesen Wünschen nicht entsprechen könne es die U. S. P. ferner nicht unterstützen. Nachdrücklich müsse sich die Fraktion gegen die Ausschaltung des Reichstages in wichtigen Fragen, wie in der jetzigen Situation wenden. Scharf bekämpfte die Fraktion im Parlament die Vorstöße der monarchistisch-militaristischen Reaktion, die es unmöglich mache, daß die deutsche Republik im Ausland an Vertrauen gewinne.

Eine dramatische Szene spielte sich ab, als Genosse Moses bei seiner Kritik der deutschen Klassenjustiz auch auf die Moskauer Justiz zu sprechen kam. Unter stürmischer Zustimmung des Parteitages erhob er scharfsten Protest gegen die Moskauer Todesurteile gegen die Sozialrevolutionäre und gegen die „Begnadigungsbedingungen“ als er die Empörung der Sozialisten über diese barbarische Nordjustiz zum Ausdruck brachte, befähen auf der Galerie anwesende junge Kommunisten unter Führung des Landtagsabgeordneten Scholem die Gemeinheit, zu lachen. Ein Sturm der Entrüstung durchbrauste den Saal und es wurde energisch die Entfernung der Rostlinge gefordert. Nur mit Mühe gelang es dem Vorsitzenden, die Wogen wieder zu glätten. Stürmischen Beifall fand Genosse Moses, als er erklärte, daß mit Leuten von solcher Mentalität und gemeiner Gesinnung, für Sozialisten keine Gemeinschaft möglich sei. Und Genosse Dittmann konnte als Vorsitzender feststellen, daß der Parteitag einmütig gegen die Moskauer Urteile protestiert und die sofortige Freilassung der Verurteilten fordere.

Die Wirtschafts- und Ernährungsnot wurden bereits vom Genossen

Moses in seinem Bericht erörtert. Sie wurden noch besonders eingehend behandelt in Referaten der Genossen Dr. Hery und Dr. Silberding. Genosse Hery, der über die Ernährungsfrage sprach, verwies vor allem auf die ungenügende Steigerung der Lebenshaltungskosten. Die Preise stiegen vom Juli bis zum August d. J. um das 150fache, während sie in den acht Jahren seit Kriegsausbruch nur das 14fache betragen hatten. Er verwies auf das Elend, in dem sich besonders die Rentner und vor allem auch die Geistesarbeiter befinden. Und trotz der Verelendung drängen die nimmermüden Agrarier nach neuen Erhöhungen der Getreidepreise. Ein gemischter Ausschuß hat jetzt unter Bruch von Gesetzesbestimmungen eine vierfache Erhöhung der gesetzlich festgelegten Getreidepreise beschlossen und der Reichsernährungsminister beizügelt, den ungeschlichen Beschluß auszuführen. Mit Recht warf Hery die Frage auf, ob es angesichts solcher Zustände noch einen Zweck habe und möglich sei, daß Sozialisten noch in einer solchen Regierung sitzen. Bedeutungsvoll sei es, daß sozialistische Parteien, Gewerkschaften und Genossenschaften in dem Ausschuß geschlossenen Widerstand geleistet haben, daß sie gemeinsam handelten, wie es das neue Aktionsprogramm der vereinigten Partei fordere.

Den Höhepunkt der bisherigen Verhandlungen bildete das glänzende Referat des Genossen Dr. Silberding über den Stand der Finanz- und Reparationsfrage. In großzügiger Weise behandelte er die Probleme der Währungs-, Finanz- und Reparationspolitik. Dabei betonte er, daß jetzt sogar die Schwerindustriellen vor der Erfüllungspolitik Rathenaus kapitulieren müssen, wie der Vertrag Stinnes-Lubersack beweise. Eingehend wies Silberding dabei nach, daß Stinnes eine absolute Wirtschaftsdiktatur erreichte und daß er es ausgezeichnet verstand, seine ökonomische Macht in praktische anzumünzen. „Freie Wirtschaft“ im Sinne Stinnes bedeute Unterwerfung des Staates unter das Diktat der konzentrierten Wirtschaftsmacht der Schwerindustrie. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, sei es von ungeheurer Wichtigkeit, die demokratische Republik zu sichern als besten Boden zur Konzentrierung der proletarischen Massen zum Kampf gegen den Kapitalismus. Das Abkommen Deutschlands mit Belgien gebe Deutschland die Möglichkeit der notwendigen Atempause. Es sei der erste sichtbare Erfolg der Erfüllungspolitik. Silberding ist der Meinung, daß jetzt die Möglichkeit einer Stabilisierung der deutschen Währung gegeben ist. Allerdings seien dazu nötig eine internationale Anleihe und eine sofortige umfassende Stabilisierungsaktion im Innern. Setze diese sofort ein, dann — aber auch nur dann — werde es möglich sein, über die Gefahren des kommenden Winters hinwegzukommen und dann sei es möglich, daß es wieder aufwärts gehe.

Die von tiefgründiger sozialistisch-ökonomischer Erkenntnis geprägten Ausführungen Silberdings hinterließen einen tiefen Eindruck und fanden allseitig lebhaften Beifall.

In der Nachmittagsitzung drehte sich die Debatte im wesentlichen um den Bericht der Fraktion. Es wurde bemängelt, daß man sich auf akademische Erörterungen beschränkte. Man müsse auch die Kampfmittel und den Weg zur Erreichung der gesetzlich Ziele zeigen. Ebenso wurde größere Aktivität gefordert. In ihren Schlußworten recharifertigten die Referenten Hery und Moses nochmals ihre Haltung und die Stellung der Fraktion und fanden dabei Beifall beim größten Teil des Parteitages.

Eine Resolution, die im Sinne der Referenten Hery und Silberding gehalten ist und entsprechende Forderungen enthält, wird einstimmig angenommen. — Nach dem Bericht der Man-

Ein Gedenktag der Naturwissenschaft.

(Zu Johann Gregor Mendels 100. Geburtstag.)

Von Dr. Hugo Hlis, Brunn.

II.

In seiner Anwendung auf den Menschen hat der Mendelismus, die Lehre Gregor Mendels und seiner Nachfolger, gewaltige Konsequenzen ergeben. Genoue statistische Untersuchungen über die Vererbung der Merkmale bei Kreuzungen menschlicher Rassen — es seien die Arbeiten Eugen Fishers über die Mehrbeter Bastards, die Untersuchungen von Marceus über die deutsch-jüdischen Mischehen erwähnt — haben unter dem Gesichtspunkt des Mendelismus neue und überraschende Aufklärungen ergeben. Es sei an dieser Stelle hervorgehoben, daß es eine in Latenz liegende, die sich oberflächlich mit dem Mendelismus beschäftigen, oft auftretende, falsche Ansicht ist, daß bei Rassenkreuzungen sich die beiden ursprünglichen Rassen durch Generationen rein und unvermischt erhalten. Das gilt wohl für die einzelnen Merkmale, aber nicht für deren Kombinationen, von denen diejenigen am bestandfähigsten und zahlreichsten sein werden, welche die meisten dominanten Merkmale aufweisen. Bei Rassenkreuzungen wird also höchstens dann eine Rasse rein zum Durchbruch gelangen, wenn alle ihre Merkmale Dominanzcharakter tragen, sonst werden sich — namentlich, wenn die dominanten Merkmale im Kampf ums Dasein wertvoll erscheinen, — neue Rassen bilden, in welchen die dominanten Merkmale der beiden elterlichen Rassen vereinigt sind. Frei-

haben worden war, der Ueberzeugung von der Veränderlichkeit, der Variabilität des Lebendigen, Platz machen müssen. Durch die neomendelstische Theorie — mit der Mendel selbst, dem wir vor allem seine Klaffigkeit, über alle Theorie stehenden Experimente zu danken haben, nur wenig zu tun hat — ist die alte, unheilbare Lehre von der Konstanz durch die neue Hypothese der Merkmalskonstanz abgelöst worden. Bei dem konservativen, ja reaktionären Charakter der heutigen Wissenschaft und der meisten Vertreter an den Hochschulen ist es begreiflich, daß dieser Gesichtspunkt, durch den die neomendelstische Theorie einerseits alten religiösen Vorstellungen, andererseits den sehr modernen nationalsozialistischen Anschauungen von der Konstanz der Menschenrassen und ihrer Unveränderlichkeit durch Milieu und Erziehung erwünschte Grundlage bietet, besonders betont und ausführlich behandelt wird.

Aber die neomendelstische Theorie ist unserer Ueberzeugung nach der wenigst wertvolle Teil der Ertrungenschaft, die wir Mendel und dem Mendelismus verdanken. Das komplizierte Gebäude des modernen Neomendelismus vertritt schon durch die zahlreichen Hilfsypothesen die Schwäche seiner Grundlagen. Die Lehre von der natürlichen Entwicklung der Organismen ist und bleibt auch in Zukunft die Basis der Biologie. Freilich lehrt uns das Mendelstexperiment, daß gegenüber der Entwicklungstendenz auch das Beharrungsvermögen des Lebendigen nicht außer Betracht gelassen werden darf. Neben der Umbildung der Merkmale, welche keinesfalls leicht und in kurzen Zeitspannen vor sich geht, gegen die vielmehr ein hartnäckiger Widerstand sich geltend macht, der nur durch stetige, gleichgerichtete, langdauernde Einflüsse überwunden werden kann, spielt aber die Neukombination der alten un-

ten Merkmale bei der Erklärung der Vielfalt der Natur auch eine große Rolle: und so gibt uns die Mendelstheorie auch eine neue Methode der Erklärung der Mannigfaltigkeit der Tier- und Pflanzenformen, die unsere Erde so bunt und farbig gestalten.

Nur einzelne Tatsachen und Konsequenzen der Lehre Mendels und seiner Nachfolger konnten und sollten im Rahmen dieses kurzen Aufzuges angeführt und erörtert werden. Aber schon aus dem wenigen dürfte ersichtlich sein, daß die sehr zahlreichen Experimente, die der stille Brünner Forscher in den Jahren 1854—1874 im Garten des Abtrünner Augustinerstiftes mit seltener Sorgfalt und Geduld — er hat nahezu 10.000 Pflanzen bastardiert — ausführte, der Wissenschaft ein gewaltiges Gebiet neu erschlossen hat und daß der Name Gregor Mendel mit jenem der großen Klassiker der Biologie — Aristoteles, Linne, Darwin — in einer Reihe genannt werden darf. Heute werden in Brunn, an der Stätte seines Wirkens, Forscher aller Nationen sich vereinen, um den 100. Geburtstag Gregor Mendels zu feiern. Die Internationale der Wissenschaft, die leider in den düsteren Jahren, die wir durchlebten und noch durchleben, einen noch viel traurigeren Zusammenbruch erfahren hat als die Internationale der Arbeit, wird hoffentlich bei diesem Feste neue, dauerhaftere Grundlagen erhalten. Vor dem Marmor Denkmal Gregor Mendels werden heute deutsche und tschechische, englische und französische Reben gehalten werden. Wenn sie den Zweck erfüllen, das Band zu knüpfen von Mensch zu Mensch, von Volk zu Volk, das die Zeit des Hasses zerrissen hat, dann wird mehr als durch Marmor und durch Stein das Andenken des stillen Mannes geehrt werden, der hier gelebt und geschaffen hat.

dotprüfungscommission zählt der Parteitag 244 Teilnehmer, darunter 192 gewählte Delegierte. Am Freitag beginnen die Verhandlungen über die Einigungsfrage.

Crispiens Referat über die Einigung.

Gera, 22. September. (Eigenbericht.) Auf dem Parteitage der Unabhängigen sozialistischen Partei wurde heute die Frage der Einigung behandelt. Genosse Crispian führte aus, daß die Notwendigkeit der Vereinigung feststehe, man könne nur fragen, warum sie sich gerade jetzt vollziehe. Der Rathenau-Mord habe den Geist der Stunde gezeigt. Infolge des Mordes haben sich die sozialistischen Parteien zu gemeinsamen Aktionen zusammengeschlossen. In den Massen sei der Drang nach Einigung lebendig und stark geworden und die Führer seien dabei mit den Massen einig gegangen. Crispian erinnert an die Bildung der Arbeitsgemeinschaft im Reichstage und in den Landtagen, die notwendige Folge müßte die Verschmelzung sein. Das Aktionsprogramm sei nur vorläufig, weil für ein vollständiges Programm die wissenschaftlichen Unterlagen noch fehlen. Crispian erläuterte dann eingehend den Begriff des Klassenkampfes. Das Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien zur Erreichung der Parteiziele dürfe nicht abgeschworen werden. Es stehe nicht im Widerspruch mit dem Gedanken des Klassenkampfes. Die unabhängige Partei habe bewußt die Regierung Wirth schon seit längerer Zeit unterstützt, um ihre Ablösung durch eine reaktionäre Regierung zu verhindern. Zur Bekräftigung der Richtigkeit ihrer Haltung verwies Crispian auf die Verhältnisse in Italien, wo die sozialistische Partei durch die Ablehnung jeder Koalitionspolitik zu einem Trümmerhaufen sich bekämpfender Führer geworden sei und der Terror der Faschisten die Arbeiterbewegung vollkommen ruiniere. Ferner berief sich Crispian auf das ungarische Beispiel mit der Horthy-Regierung und auf Rußland, wo der Bolschewismus ein reaktionäres Terrorregime gegen die sozialistische Bewegung ausübte. Crispian erklärte dann, daß sowohl die programmatischen wie die organisatorischen Grundlagen der Einigung durchaus tragfähig seien. Die Exekutive der internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien habe sich in drei langen Sitzungen mit der Einigung in Deutschland beschäftigt und der unabhängigen Partei die Ermächtigung dazu gegeben. Auch die Vereinigung der beiden internationalen selbst sei so viel weiter fortgeschritten. Die vereinigten sozialistischen Parteien Deutschlands werden nach wie vor sowohl in der zweiten Internationale wie in der Wiener Arbeitsgemeinschaft vertreten sein. — Der russische Linkssozialrevolutionär Schreiber bezeichnet einen solchen Zustand als unmöglich und wird dafür energisch zurückgewiesen. Der Vorwurf Rosenfelds, daß man ausländische Gäste lächerlich zu machen versuche, wird von Hifferding damit beantwortet, daß diese Gäste sich selbst lächerlich machen. Crispian erklärt dann weiter, daß es höchste Zeit für die Vereinigung sei, damit beim Wiederzusammentritt des Reichstages bereits die große vereinigte Fraktion in Tätigkeit treten könne.

Crispien fuhr sodann fort: Mit den Kommunisten sei eine Einigung unmöglich. Zwischen den Sozialdemokraten und den Bolschewiken liege kein Mittelweg. Die Bolschewiken seien ebenso schlimm wie die kapitalistischen Reaktionen, denn sie fallen uns in den Rücken. Die Einigung müsse mit einem freundschaftlichen Ja beantwortet werden.

Genosse Ledebour als Korreferent führt aus, daß der Zusammenstoß mit der SPD die Aufgabe der revolutionären Grundfrage der Partei bedeutet. Die SPD sei eine reformistische Partei, welche die Schuld daran trage, daß sich in Deutschland gar nichts geändert habe. Die Einigung des Proletariats könne nur erfolgen auf dem Boden der sozialen Revolution, nicht aber durch ein opportunistisches Tschel-Wechel mit dem Bürgerthum. Das vorliegende Aktionsprogramm verleihe vollkommen die Taktik des Proletariats, die Annahme des Programmes würde eine völlige Unterwerfung unter das Diktat der Rechtssozialisten bedeuten. Der einzige Weg zur Einigung des Proletariats sei die Einigung in der revolutionären Aktion, die Einigung auch mit den Kommunisten. Er werde die Einigung nicht mitmachen, sondern die Selbstständigkeit der U.S.P.D. aufrechtzuerhalten suchen.

Während die Ausführungen Crispians stürmischen Beifall hatten, fand Ledebour nur vereinzelt Zustimmung. In der Diskussion sprachen fünf Redner für die Einigung, wenn auch unter gewissen Bedingungen. Nur Genosse Rosenfeld wandte sich dagegen. Durch einen Schlußantrag wurde die Debatte beendet. Das Schlußwort der Referenten wird der Parteitag morgen entgegennehmen.

Ende des Augsburger Parteitages.

Augsburg, 22. September. (Eigenbericht.) Auf dem Parteitage der sozialdemokratischen Partei wurde heute die Diskussion über das Referat des Genossen Reich (Hamburg) fortgesetzt. In einer Entschließung wird verlangt, daß die Widersprüche zwischen den bestehenden Gesetzen und der Weimarer Verfassung in Bezug auf die Gleichstellung der Frauen beseitigt werden. Hierauf hielt Genosse Rechtsanwalt Albin Sängler ein Referat über die Rechtsreform. Er legte dem Parteitage eine Reihe von Richtlinien vor, die das Rechtswesen auf eine

Gegen Arbeitslosigkeit und Teuerung, für den Preisabbau.

Wirtschaftskrise und Unternehmerbrutalität in Karpathoruthland.

Noch ärger als den Arbeitern in Böhmen, Mähren und Schlesien geht es den Arbeitern in Karpathoruthland. Die Ausbeutung der Arbeiterschaft, die Ungeschicklichkeiten der Unternehmer kennen dort keine Grenzen. In den drei historischen Ländern gibt es alte Gewerkschaften, die den Angriffen der Unternehmer zähen Widerstand entgegensetzen. In Karpathoruthland ist die Gewerkschaftsbewegung noch jungen Datums, die Arbeiterbewegung durch die Spaltung in den eigenen Reihen kraftlos gemacht. Ohne alle Verhandlungen diktiert die Unternehmer — wie das „Pravo Lidu“ meldet — die Arbeitsbedingungen. Die Kollektivverträge werden einfach nicht anerkannt, die Löhne reichen nicht zum Leben hin. Die qualifizierten Arbeiter verdienen täglich höchstens fünfzehn Kronen, die Unternehmer legen den Arbeitern bei Eintritt der Arbeit eine Erklärung vor, daß sie keiner politischen oder gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation angehören dürfen. Der Achtstundentag existiert nicht in diesem dunklen Winkel der Tschechoslowakei, bei manchen Firmen werden zwölf Stunden im Tage gearbeitet, ohne daß für die Überzeit etwas bezahlt würde. Selbst in den staatlichen Salzbergwerken sind die Verhältnisse nicht viel besser. Die Arbeitslosigkeit wächst mit jedem Tag, viele Unternehmungen stehen vollständig still. An der katastrophalen Lage ist, wie selbst das „Pravo Lidu“ zugibt, der Staat nicht ganz unschuldig, vom Investitionsprogramm wird nichts durchgeführt, an die öffentlichen Banken hat man ganz vergessen.

Schraubung der Textilarbeiterlöhne.

Einen frechen Anschlag planen — wie das „Rude Pravo“ berichtet — die Textilindustriellen. In einigen Textilunternehmungen in Prag und Umgebung wurden gestern Kundmachungen an die Arbeiterschaft angeschlagen, in welchen mitgeteilt wird, daß beginnend vom 2. Oktober in den Betrieben die Teuerungszulagen von 65% auf 35% herabgesetzt werden. Die Textilarbeiter haben immer zu den schlechtestbezahlten Arbeiterschichten gehört, nun wollen die Unternehmer die Krise dazu anwenden, um die ohnehin geringen Löhne der Textilarbeiter noch abzubauen!

Preisabbauquote in Neuern.

Bei der am 20. September 1922 stattgefundenen Enquete über den Preisabbau für den Gerichtsbezirk Neuern wurden zwischen den Vertretern der Arbeiterschaft und den Vertretern der Fleischer, Bäcker, Gastwirtsvereine, dem Handelsverein und dem Bund der Landwirte nach mühsamer Erregter Auseinandersetzung vorbehaltlich weitere Preisentzungen am Handelsmarkt nachstehende Preise für Lebensmittelprodukte festgelegt:

- Weizenmehl 0 1 g das Kilo im Weichleibe K 2.80
Weizenmehl 0 1 g das Kilo " " " 3.00
Weizenmehl glatt I das Kilo " " " 3.—

- Schweinefleisch das Kilo K 12, Ceres das Kilo K 13.—, Reis Rangon das Kilo K 3.60, Weizen Grieß das Kilo K 5.—, Erbsen und Graupen das Kilo K 4.20, Kartoffeln das Kilo 10 h, Vollkornmehl der Liter K 2.—, Magermilch der Liter 70 h, Butter das Kilo beim Produzenten K 20.—, beim Kaufmann K 22.—, Käse das Kilo K 4.—, Eier das Stück 60 h, schöne Nest das Kilo 60 h bis 80 h, die schlechteren das Kilo 50 bis 60 h, Pfannkuchen das Kilo die schönsten 60 h, mindere 50 h, Birnen das Kilo die schönsten 60 bis 70 h, mittlere 50 h und mindere 40 h, Zwiebel das Kilo K 2.50, Rindfleisch prima Ochsenfleisch das Kilo K 14.—, Fleisch von der Kuh und Kalbin K 12.—, Kalbfleisch K 16.—. Gegen die Festsetzung dieser Fleischpreise legten unsere Genossen Protest ein und beantragten für Rindfleisch prima

den Erfordernissen unserer Zeit entsprechende Grundlage stellen sollen.

Im Laufe der Diskussion teilte der Reichsjustizminister Genosse Radbruch mit, daß eine Reihe von Reformen in der Rechtspflege in Vorbereitung sei. Die bairische Regierung habe versprochen, die Volksgerichte aufzuheben. Ein Jugendgerichts-Gesetz und ein Auslieferungsgesetz sollen geschaffen werden. Endlich soll ein Strafgesetzbuchentwurf gemeinsam mit Deutschösterreich ausgearbeitet werden.

Nach der Diskussion über diese beiden Vorträge erstattete Genosse Dr. Grotjahn den Bericht der Gesundheitscommission, der eine Reihe von Forderungen hygienischer Art enthält.

Nach Erledigung einer Reihe von Anträgen und der Wahlen zum Nürnberger Einigungsparlament schloß um 5 Uhr nachmittags der Parteitagsvorsitzende Weis mit einem anfeuernden Schlußwort den Parteitag.

Das neue Zolltarifgesetz in Amerika in Wirksamkeit.

Berlin, 20. September. (Wolff.) Wie der deutsch-amerikanische Wirtschaftsverband mitteilt, ist nach einem soeben eingetroffenen Radiotelegramm das neue amerikanische Zolltarifgesetz vom Präsidenten Harding unterschrieben worden, so daß es in der Nacht vom 20. auf den 21. September in Kraft tritt. Alle nach diesem Zeitpunkt aus dem Zollhause entnommenen Waren unterliegen nunmehr den neuen Zöllen.

Läsen das Kilo K 12.—, Fleisch von der Kuh oder Kalbin K 10.—, Schweinefleisch das beste das Kilo K 20.—, das andere K 18.—, Kalbfleisch das Kilo K 15.—, welche Fleischpreise mit Rücksicht auf den Vieheinlauf durch die Fleischhauer vollends hinreichend sind. Das Bier soll der Liter um 60 h billiger verabsolgt werden. Der Brotpreis wurde für Brot 2.20 Kilo schwer mit K 5.—, der Preis für Weißgebäck das Stück im Verschleiß mit 30 h festgesetzt. Auch gegen die Festsetzung des Brotpreises mit K 5.— legten die Vertreter der Arbeiterschaft Protest ein und beantragten den Brotpreis mit K 4.— für Brot im Gewichte von 2.20 Kilo, weil nachgewiesenermaßen zu einem Brote von 2.20 Kilo nur 1.60 Kilo Mehl benötigt werden, welches Mehl nur K 3.20 kostet, so zwar, daß von einem Laib Brot für den Bäcker K 1.80 als Verdienst inklusive Regie verbleiben.

Bei den Verhandlungen hat sich wiederum gezeigt, daß die Herren Produzenten bloß bei dem Arbeiter den Lohnabbau, nicht aber bei ihnen den Abbau der Preise durchführen lassen wollen. Ja die Herren Vertreter des Bundes der Landwirte und die Vertreter der Fleischhauer erklärten, sie verkaufen ohnedies schon unter dem Gestehungspreis!

Die Geschäftsfreisenden und Vertreter und die Wirtschaftskrise.

Sonntag, den 17. September 1922 fand in Brünn eine zahlreich besuchte Reichskonferenz der Union der Geschäftsfreisenden und Vertreter statt, welche sich eingehend mit den Wirkungen der Wirtschaftskrise befaßte. Nach einem Referate, welches sich in großen Zügen mit der tristen Lage der reisenden Angestellten befaßte, wurde beschlossen, sich im ganzen und großen den Forderungen, die zur Wirtschaftskrise von der Zentrale der sozialistischen Angestelltenvereinigung aufgestellt wurden, anzuschließen und für die Geschäftsfreisenden und Vertreter im besonderen Erleichterungen zu verlangen, damit diese ihre produktive Tätigkeit, welche viel zur Linderung der herrschenden Stagnation beitragen kann, wieder mit Erfolg aufnehmen können. Neuerdings wurde vom Referenten und von den Vertretern der Unionsgruppen aus allen Gebieten der Republik gegen die Erhöhung der Jahreslöhne Preisstellung genommen und überhaupt ein Abbau der Personen- und Gepäcksstarife verlangt. Die hohen Reisekosten erschweren unter den heutigen schwierigen Absatzverhältnissen jede Reisefähigkeit, die Regierung wurde deshalb aufgefordert ihren pflichtgemäßen Einfluß für einen Abbau der Preise in den Hotels und Restaurants, die Bahnhöfe, Wirtschaften inbegriffen, auszuüben. Die von der Leitung der Organisation in diesen Richtungen getroffenen Maßnahmen wurden einstimmig gutgeheißen. Die Konferenz verlangt die rechtzeitige Novellierung des Handlungsgehilfengesetzes, die Beschleunigung des Handelsgentengesetzes, die Novellierung des Gewerbegerichtsgesetzes und die Vermehrung der Gewerbegerichte, die Errichtung von Arbeiter- und Angestelltenkammern und sprach sich schließlich für eine andere Regelung des ganzen Steuerrechts, insbesondere aber für die Abschaffung der Umsatz- und Steuer von Arbeitsleistungen aus. Die Leitung der Union wurde beauftragt alle diese Forderungen mit größter Entschiedenheit zu vertreten und durchzusetzen. Der reichthaltige Geschäftsbericht der Organisation wurde nach rege Debatte einstimmig zur Kenntnis genommen und für die nächste Tätigkeitsperiode eine Reihe von organisatorischen Entschlüssen zum Beschluß erhoben. Am Vorabend der Konferenz fand in der großen „Schweizer Bierhalle“ eine Massenversammlung der Brüner Angestellten aller Kategorien statt, in welcher Abg. Klein, Senator Polach und Pacovsky ihre Referate erstatteten, welche dahin lauteten, der herrschenden Wirtschaftskrise mit vereinten Kräften zu begegnen.

Telegramme.

Die englischen Arbeiter gegen einen Krieg im Osten.

London, 22. September. (Tsch. P. B.) Lloyd George empfing gestern eine etwa aus 30 Mitgliedern bestehende Abordnung des Gewerkschaftskongresses, darunter die Arbeiterführer Williams, Thomas, Will Thorne, Ben Tillet und Smille, die dem Premierminister die Ansicht der Arbeiterschaft über die Lage im Nahen Osten darlegten. Von den Mitgliedern der Regierung waren Chamberlain, Horne und Worthington Evans anwesend. Die Abgeordneten betonten, daß die Arbeiterschaft sich einem Kriege widersetze und für den Frieden eintrete. Sie gaben der Ansicht Ausdruck, daß die Dardanellen neutral gehalten werden müssen, daß dies eine Weltfrage und nicht eine Frage sei, die das britische Reich allein angehe. Die Anwesenheit alliierter Streitkräfte auf dem asiatischen Ufer der Meerengen sei nicht gerechtfertigt, die Lösung des Problems könne durch Verhandlungen erzielt werden. Lloyd George verteidigte die Haltung der Regierung und erklärte, daß er in seinem Wunsch nach Frieden vollkommen mit der Abordnung übereinstimme. Er habe keine Absicht, einen Krieg zu provozieren. Es sei zum Teile auf die prompte Antwort der britischen Regierung zurückzuführen, daß die Lage jetzt

besser sei und daß die Ansichten auf Wahrung des Friedens sehr gut seien.

London, 23. September. (Tsch. P. B.) Der Arbeiterführer Thomas erklärte gestern in einer in Colchester gehaltenen Rede, die britische Arbeiterschaft müsse es dem Kabinett klar machen, daß England unter keinen Umständen in einen Krieg verwickelt werden dürfe, ohne daß die Vertreter des Volkes im Parlamente die erste Stimme in dieser Frage hätten. Wir wollen, daß der Völkerbund in dieser Frage eingreife. Die Meerengen müßten freigegeben sein, aber darunter dürfe nicht verstanden werden Freiheit zum Vorteil des Britischen Reiches allein, sondern für Industrie und Handel der Welt. Die Regierung habe erklärt, sie teile diese Ansicht. Daher müsse man fragen, weshalb denn ein Krieg drohe? Die einzige Antwort darauf sei, daß die Regierung die Gefahr überschätze, denn sonst würde sie niemals den absurden und demütigen Appell an die Kolonien gerichtet haben.

Englands Annahmefähigkeit.

London, 22. September. (Antisches Radio.) Heute wurden in Paris neuerlich zwischen Lord Curzon, Poincaré und Grafen Sforza die Besprechungen aufgenommen. Großbritannien ist nach wie vor definitiv entschlossen, die von den Verbündeten geschaffene asiatische Zone zum Schutze der Meerengen zu halten. Kommt es dort zu einer militärischen Aktion, so wäre sie bloß der Initiative der Türken zuzuschreiben. Großbritannien beabsichtigt nur, die schriftliche Verpflichtung sämtlicher Verbündeten zu erfüllen und die neutrale Zone zu schützen, welche die Meerengen beherrscht und von deren Freiheit die Freiheit der Meerengen abhängt. Die Abberufung des alliierten Militärs hat in keiner Weise die britischen Absichten geändert.

Ein Wiederaufbau-Vertrag der bayerischen Industriellen.

München, 22. September. Zwecks Sachleistungen auf dem gesamten Gebiete des Wiederaufbaues im Sinne des Bemelmans-Gesetzes und des Wiesbadener Abkommens hat eine Gruppe von bayerischen Interessenten die Wiederaufbaugruppe Bayern G. m. b. H. mit dem Siege in München gegründet. Der Gruppe gehören eine große Anzahl süddeutscher Werke an, darunter die bedeutendsten Firmen der Tonindustrie, Werke der Metall-, Eisen-, Holz- und Maschinenbranche sowie der Automobilindustrie, z. B. die Daimler Motoren A. G. in Stuttgart. Es bestehen bereits Verträge mit französischen Interessenten, welche vom Ministerium der besetzten Gebiete Mandat erhalten haben. Diese Mandata übernehmen die Aufträge der französischen Geschädigten zur Weiterleitung an die deutschen Interessenten. Zweigniederlassungen der Wiederaufbaugruppe Bayern befinden sich in Frankreich, Belgien und Jugoslawien. Für diese bayerischen Sachlieferungen kommt der französische Minimalzolltarif nach Zusage des Wiederaufbauministeriums in Paris zur Anwendung. Mit Hugo Stinnes hat die Gruppe Fühlung genommen. Es wurde ein Uebereinkommen erzielt, das auch die bayerischen Lieferanten durch die Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau Reparationsstoffe erhalten. Ueber die Durchführung im Einzelnen schweben noch Verhandlungen in Berlin.

Zita will nach Ungarn.

Wien, 22. September (Eigenbericht.) Die Zeitung der ungarischen Legation, „Magyarias“ und gleichzeitig der dem Grafen Bethlen nahesteheende „Az Ujsag“ melden, daß am letzten Freitag in Budapest der gewesene spanische Ministerpräsident Romanones eingetroffen ist, der in Begleitung des spanischen Gesandten den ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Bethlen aufsuchte. Er überreichte ihm einen eigenhändigen Brief der gewesenen Königin Zita, worin die ungarische Regierung aufgefordert wird, die Ueberführung der Familie von Spanien nach Ungarn umlöst zu ermöglichen und die dazu nötigen Schritte zu beschleunigen, da die Königin und ihre Kinder die Gastfreundschaft des Königs von Spanien auf die Dauer nicht in Anspruch zu nehmen geneigt sind. Außerdem verlangte sie eine Geldhilfe der ungarischen Regierung und eine endgültige Entscheidung der Frage der in Ungarn liegenden Habsburger Güter, deren Einkommen sie unbedingt beanspruche.

Polens Finanzen.

Warschau, 21. September. (P.T.A.) Finanzminister Jastrzebski erstattete in der heutigen Sitzung des Sejm das Finanzexposé. Er stellte zunächst fest, daß es bereits bei der Vorlage des Budgets für das Jahr 1922 klar war, daß sämtliche Budgetposten im Hinblick auf die fortschreitende Entwertung der polnischen Mark der Wirklichkeit nicht entsprechen und bedeutend werden überschritten werden. Im gegenwärtigen Augenblicke befreit sich der Fehlbetrag bei einer Gesamtsumme von 1155 Milliarden Ausgaben auf 552 Milliarden polnischer Mark. Mit Zunahme der Staatsausgaben hat sich die Staatsschuld bei der staatlichen Anleiheemission um 314 Milliarden vergrößert und die Emission ist um 424 Milliarden gestiegen. Außer der fortschreitenden Entwertung der polnischen Mark hat sich der Wert des Steuerertragnisses wesentlich verringert. Das wirtschaftliche Leben des polnischen Staates habe trotz aller zu überwindenden Schwierigkeiten eine kolossale Entwicklung

erfahren, die fortgeschritten werde. Es fehlt nur noch ein gesundes Zahlungsmittel, um zur endgültigen Konsolidierung Polens zu gelangen. Als einzigen Weg, das Problem zu lösen, bezeichnet der Minister die Durchführung der Devaluation der bisherigen Zahlungsmittel im geeigneten Augenblicke. Die Reserven des polnischen Goldschates, welche auf 100 Millionen Goldfrank geschätzt werden können, blieben inzwischen, wie auch sonst überall, unangefastet und haben keinen Einfluss auf den Wert der polnischen Mark. Diese Goldreserven werden aber im geeigneten Momente für den wirtschaftlichen Organismus Polens verwendet werden. In drei oder fünf Jahren werde der Boden für die Reform vorbereitet sein. Der Minister denkt ferner an eine innere Anleihe zur Deckung in polnischen Mark und zur anderen in Goldmark. Weiters wird an die Aufgabe neuer Schatzobligationen gedacht. Gleichzeitig wird an einer gründlichen Steuerreform gearbeitet.

Bewässerung der Autonomie Ostgaliziens.

Warschau, 22. September. In der gestrigen Sitzung des Verfassungsausschusses wurde beschlossen, den Regierungsentwurf auf Autonomie Ostgaliziens abzuändern. Der ausgearbeitete Antrag des Projektes wurde einer besonderen Kommission zugewiesen. Der neue Antrag wird ein Kompromiß zwischen dem Regierungsentwurf und dem seitens der nationaldemokratischen Partei eingebrachten Antrag darstellen.

Tages-Neuigkeiten.

Zum Türkenkrieg.

Die Engländer und die Türken rüsteten zum Kriege. Klatschen und Woscheen waren von Andächtigungen überfüllt. „Herr, verleihe uns den Sieg!“ so tönte es aus allen Richtungen auf englisch und türkisch zum Himmel empor.

„Ein schwieriger Fall!“ sagte unser Herrgott zu Petrus, der neben ihm stand. „Die Türken sind im Recht! Die Engländer haben die Macht! Wem soll ich den Sieg geben? Bisher war es bei mir im Himmel Tradition, dem Schwachen und Bedrückten beizustehen! Ich will versuchen, den Türken zu helfen!“

„Und die Engländer?“ fragte demütig Petrus. Da ging es wie ein Leuchten über das Antlitz des Herrn und mit einem schallhaftesten Lächeln sagte er: „Denen habe ich schon geholfen. Ich habe ihnen das Neuterbüro gegeben. Die werden in mir erliegen!“

Ein unerhörter Kulturandal: 99 Schulkinder in einer Klasse! In der letzten Sitzung des Bezirksschulsausschusses in Brügge wurde, wie die Tepliger „Freiheit“ meldet, festgestellt, daß im Brügge Gebiet zehn deutsche Schulklassen gesperrt werden. Durch diese Sperrungen werden in einer Schulkategorie 99 deutsche Kinder vereinigt. Ein Antrag im Bezirksschulsausschusse, diese Sperrungen sofort rückgängig zu machen, wurde mit allen Stimmen, also auch mit denen der Tschechen, angenommen. — 99 Kinder in einer Schulkategorie! Das nennen die tschechischen Machthaber in Prag eine gerechte Reduzierung der „entvölkerten“ deutschen Schulen. Dieser Kulturandal ist derart ungeheuerlich, daß man nicht Worte findet, ihm in treffender Weise an den Pranger zu stellen. Die Herren in Prag scheinen jedes Gefühl für Menschenrecht verloren zu haben. Denn allein die Absicht, 99 Kinder auf die Dauer in ein Schulzimmer zu pressen, ist Barbarei und kann daher keinen wie immer gearteten Entschuldigungsgrund finden. So sieht der von Dr. Beneš in Genf so salbungsvoll verteidigte Minoritätenschutz der Tschechoslowakei in Wirklichkeit aus.

Der bürgerliche Schmock im „Nussiger Tagblatt“ steht in der Montagnummer seinen Lesern folgende Geschichte vor, die ein „Witz“ sein soll:

Ein treuer Diener. Jeder hat schon auf Reisen beobachtet, daß auf einzelnen Stationen würdige, uniformierte Männer kommen, mit einem Sommer gegen die Räder des D-Zuges klopfen, aus einer langen, spitznabigen Kanne ab und zu etwas unter das Trittbrett spritzen oder mit einem außerordentlich schmutzigen Lappen über die Türgriffe fahren. Neulich stand ich, die Weiterfahrt des Zuges erwartend, am Inspektoren und starrte auf den oben Bahnhofs. Da kam ein alter Mann, sorgsam die Räder klopfend, den Zug entlang. Als er bei mir angelangt war, fragte ich aus Langeweile: „Wie lange arbeiten Sie hier schon auf der Station?“ — „38 Jahre.“ — „Ich schenkte ihm eine Zigarre.“ — „Na, das ist eine lange Zeit, da werden Sie gewiß auch mancherlei erlebt und allerlei zu tun gehabt haben?“ — „Aber, nein.“ sagte der Mann, „ich kloppe immer bloß an die Räder.“ — „Wozu machen Sie denn das eigentlich?“ — „Da sah mich der Mann verblüfft an, kratzte sich hinter den Ohren und sagte: „Na, lieber Herr, wenn ich bei wüßte!“

Wir überlassen das Urteil über diesen, die Bahnangestellten verunglimpfenden „Witz“ den Eisenbahnen und der Arbeiterschaft überhaupt. Die Arbeiter werden sich schon selbst das richtige Urteil über den Schreiber dieser „Glosse“ und sein Blatt fällen.

Eine Versammlung gegen die Wirtschaftskrise in Reuern. Am Mittwoch, den 20. d., um zwei Uhr nachmittags, fand im Saale des Hotels Rathhaus in Reuern eine öffentliche Versammlung statt, an der mehr als 1000 Personen teilnahmen. Schon lange vor 2 Uhr war das Versammlungs-

lokal voll besetzt und eine große Anzahl Personen mußte vor den Eingängen bleiben, da im Saale kein Platz mehr war. Genosse Swoboda, Redakteur der „Zukunft“, sprach in trefflicher Weise zur Tagesordnung: „Gegen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit.“ Die Ausführungen fanden begeisterten Beifall. Nach dem Referate wurde die vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen. Dann sprach noch Genosse Swoboda über den Wert der Organisation und der Arbeiterpresse. Vor Schluß der Versammlung wurde eine Deputation gewählt, welche die Resolution dem Vertreter der politischen Bezirksverwaltung, der sich angeblich bei der Preisabstimmung im Rathaus befand, übergeben sollte. Die Deputation mußte jedoch feststellen, daß von Seite der politischen Bezirksverwaltung zu der Konferenz niemand erschienen war. Die Resolution wurde deshalb dem Vorsitzenden der Kommission, Herrn Bürgermeister Illner, mit dem Ersuchen um Weiterleitung an die politische Bezirksverwaltung übergeben. In einem nachfolgenden Zuge marschierten hierauf die Versammlungsteilnehmer durch Reuern.

Das Artilleriearschschicken im Altwatergebirge. Wie das „Dmüker Tagblatt“ meldet, hat das Ministerium für nationale Verteidigung dem Deutschen Landesverband für Fremdenverkehr in Währen und Schlesien die Mitteilung gemacht, daß Artillerie-Arschschickungen im Altwatergebirge nicht mehr stattfinden werden.

Das Elend der österreichischen Lehrerschaft. Die Schulen Gniel und Hlbing in Salzburg haben den Unterricht am Donnerstag neun Uhr vormittags geschlossen, da die am 11. d. M. fälligen Bezüge der Lehrerschaft bis dorthin noch nicht zur Auszahlung gelangt sind. Die Lehrerschaft der genannten Orte ist nicht mehr gewillt, diese jeder Beschreibung spottende Behandlung länger zu ertragen und stellt den Unterricht solange ein, bis sie im Besitz der vollen, ihr zukommenden Bezüge ist.

Verstaatlichung der Polizei am 1. Oktober. Wie das „Prager Abendblatt“ meldet, wird die Reichenberger und Brünnener Polizei bereits am 1. Oktober d. J. verstaatlicht werden.

Die Fischversorgung Prags gefährdet. Wie die „Tribuna“ berichtet, droht den Groß-Pragern heuer die Gefahr, überhaupt keine Fische auf dem Markt zu erhalten, denn die Richtpreise für Süßwasserfische, die dem Blatte zufolge demnächst ausgeben werden sollen, sollen zwar den Fischhändler zu Wehmuten auch den Ärmsten ermöglichen, aber leider gibt es heuer nicht so viele Fische. Es besteht vielmehr mit Rücksicht darauf, daß die Richtpreise nur den Fischverkauf am Fischdamm betreffen und nur den Verkauf im großen, nicht in Geschäften, die Befürchtung, daß den Großhändlern am Damm überhaupt keine Fische verkauft werden und daß die Teichbesitzer sie lieber in ihrer Umgebung verkaufen werden. Der Fischpreis am Damm soll 5—6 K für ein Rilo betragen.

Absturz eines Prager Postflugzeuges in Aspern. Auf dem Flugfelde in Aspern ist vorgestern das aus Prag eingetroffene Postflugzeug bei dem Abfluge nach Budapest aus einer Höhe von etwa 50 Meter abgestürzt. Der französische Pilot Richard erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und einen Bruch des Rückenbeines. Er wurde in die Unfallstation überführt. Das Flugzeug wurde vollständig zerstört. Es führte glücklicherweise keine Passagiere mit sich.

Ein Förster von zwei Sträflingen erschossen. Wie die Gendarmestation in Wilowitz telephonisch meldet, wurde am Donnerstag um 6 Uhr abends im Walde bei Mladotitz der Förster Wenzel Kocarel von zwei unbekanntem Sträflingen ermordet, welche mit einem Militärgewehr ausgerüstet waren. Kocarel hatte mit den Unbekannten ungefähr eine Stunde vor der Tat gesprochen und war dann von ihnen hinterücks überfallen und erschossen worden. Warum es zum Mord gekommen ist, ist nicht bekannt. Die Mörder wurden von Leuten, welche auf dem Felde arbeiteten, verfolgt, sie schossen aber auf die Verfolger und schließlich gelang es ihnen, zu entfliehen. Die Nachforschungen wurden eingeleitet.

Anglischefälle. Der Baumeister Franz Sychora aus Dolešchowitz ließ anlässlich einer von ihm vorgenommenen Reparatur des Hauses Nr. 563 in der Zeltnergasse in Prag von Mauern über dem Eingang ins Haus ein Geheiß anlegen. Als der 56-jährige Maurer Franz Jalloway aus Pšovnow gestern um 2 Uhr nachmittags diesen Steig betrat, stürzte dieser ein und Jalloway erlitt eine Verletzung an der linken Brustseite. Er wurde nach erster Hilfeleistung in häuslicher Pflege belassen. — Auf dem Wenzelsplatz nahe der Stefansgasse wurde gestern um 3 Uhr nachmittags die Dienstmagd Anna Špilk von einem Auto zu Boden geworfen. Sie erlitt blutige Verletzungen über dem rechten Auge, am Hals, und einer Verrentung der linken Hand. Sie wurde von demselben Automobil ins Allgemeine Krankenhaus transportiert, wo ihr die erste Hilfeleistung ertwiehen wurde.

Erinnerungen.

Aus den Anfängen der Arbeiterbewegung in Deutschböhmen.

Von Wilhelm Kieseckter.

Wenn auch die Sozialdemokratie schon in ihren allerersten Anfängen von den l. l. Behörden als staatsgefährlich hingestellt wurde und hier und da ihre Führer Verfolgungen ausgesetzt waren, so sind doch die planmäßigen Nachstellungen und Tendenzprozesse eigentlich erst am Ende der siebziger Jahre an, um mit dem großen Wehe im bündungsprozesse, der im Dezember 1882 vor dem Prager Landes- als Strafgericht begann und kurz vor Weihnachten des genannten Jahres mit

der Verurteilung von 50 Angeklagten endete, — ihren Höhepunkt zu erreichen.

Das Ministerium Taaffe, welches nach der Wahlniederlage der Deutschliberalen im Jahre 1879 aus Ruder kam, hatte sich offenbar zu diesen Verfolgungen ein Muster aus Deutschland genommen, wo nach den Attentaten von Hödel und Nobiling auf den deutschen Kaiser, Bismarck ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokraten im deutschen Reichstage durchgesetzt hatte. Man sah in uns Geheimbündler, zu dem Zwecke, um Staat und Gesellschaft umzustürzen. In Wirklichkeit aber standen wir mit unserer Tätigkeit auf gesetzlichem Boden. Wir wollten auf gesetzlichem Wege zu unseren Zielen gelangen, als Beweis dafür hatte den Behörden unser Kampf um das allgemeine Wahlrecht dienen können. Unsere Zeitungen erschienen öffentlich, zensuriert von den Staatsanwälten. Die Agitationsversammlungen wurden regelmäßig angezeigt. Und wenn wir auch oft in engeren Kreisen und Sitzungen zusammenkamen, um Parteifragen und Agitationsfragen zu besprechen, ohne die Polizei davon verständigt zu haben, so hatten wir dabei doch den Paragraph 2 des Versammlungsgesetzes für uns, auf Grund dessen wir die Genossen, die solchen Sitzungen beizuhöhen, einzuladen. Wenn für die Familien der Inhaftierten, für Streikende oder für Parteizwecke gesammelt wurde, wurden die gesammelten Gelder in unseren Zeitungen ausgewiesen, also so gewissermaßen für unsere Tätigkeit öffentlich Rechnung gelegt. Das mußte aber alles nichts, die Herren Staatsanwälte und Richter sahen in uns Geheimbündler, und wenn man bei einem von uns auch nur ein unfonktionsfähiges Exemplar des „Arbeiterfreund“ fand, so hielt uns schon die Polizei der Geheimbünderei für überwiesen. Und um die Verfolgungen gegen uns wirksamer führen zu können, stellte man uns nicht vor den ordentlichen, zuständigen Richter, sondern vor das Prager Landes- als Strafgericht, das verfassungswidrig für die Sozialistenverfolgungen in ganz Böhmen delegiert worden war.

Der erste dieser Geheimbundprozesse fand vor diesem Gerichte am 25. Jänner 1879 statt. Unter den Angeklagten, meist Tschechen, befand sich auch Genosse Ferdinand Schwarz aus Habendorf bei Reichenberg. Die Angeklagten hatten einem Kongresse in Prag, von dem man bei einer Hausdurchsuchung das Protokoll gefunden hatte, beigezogen. Schwarz war dort Delegierter der deutschösterreichischen Arbeiterpartei. Zwei von den Angeklagten wurden freigesprochen. Schwarz erhielt zwei Monate strengen Arrest; die übrigen eine Strafe bis zu drei Monaten.

Zu den Jahren 1880 bis 1882 steigerten sich die Verfolgungen so, daß fast keine Woche ohne Hausdurchsuchungen oder Verhaftungen verging. Am meisten hatte die Redaktion des „Arbeiterfreund“ zu leiden; jedes betrieblaste Papier wurde mitgenommen; sah man doch in jedem Buchstaben einen Beweis für die sozialdemokratische Geheimbünderei.

Ende Juni 1882 fanden bei den Mitgliedern des Herausgeberkomitees des „Arbeiterfreund“ Durchsuchungen statt, und zwar bei den Genossen: Josef Morich, Franz Roscher, Wilhelm Kieseckter und Wenzel Resdara, sowie bei den Revisoren Würfel und Schornböck. Am 30. Juni wurde als erster der Redakteur des genannten Blattes, Genosse Josef Hanisch, verhaftet und nach Prag befördert; dem folgte Genosse Josef Ubrich, der an Stelle Hanichs als Redakteur eingesperrt war. Als zweiter übernahm dann Kieseckter die Redaktion; doch auch er wurde nach der zweiten Nummer des Blattes in Haft genommen und am 19. August, einem regnerischen Tage, mit Genossen Resdara an das Prager Landesgericht abgeliefert.

Gegen Abend des genannten Tages kam Schreiber dieses Aufsatzes, mit Genossen Resdara, geführt von zwei Gendarmen, in Prag an, wo sie der Kerkermeister des Landesgerichtes übernahm. „Und nach alter Häfcheritte nahm man uns gleich in die Mitte; und das Zuchthaus, riesengroß, öffnete den Mitterschos.“ Wir wurden in getrennte Zellen gesteckt. Ich fühlte mich recht unbehaglich, da das Loch, in das ich hineingesteckt wurde, sehr finster und klein war. Es standen zwei Britschen drin. Auf der einen sah schon ein Häftling, den ich wegen der Dunkelheit nicht wahrgenommen, wenn er sich nicht gemeldet hätte. Da ich einen furchtbaren Durst empfand, ließ ich mir von dem Aufseher einen Flasche Bier bringen und als ich einmal daraus getrunken hatte, reichte ich sie meinem Zellenkollegen, der, ohne sich zu zieren, gierig darnach griff und — sie bis zum letzten Tropfen austrank. Kaum hatte ich mich auf meine Lagerstatt niedergelassen, als ich Stimmen von außen vernahm, was meinen neuen Kollegen veranlaßte, auf den Tisch zu steigen, um zu hören, was denn los sei. „Es wird da gefragt, wer denn angekommen ist; offenbar geht diese Frage Sie an.“ Und in der Tat als ich mich auch auf den Tisch gestellt hatte und zu dem vergitterten, aber offenen Fenster hinaushorchte, vernahm ich bekannte Laute. Es war Schiller Josef und Genosse Ubrich, die miteinander sprachen und vom Genossen Resdara schon erfahren hatten, daß auch ich neu eingeliefert worden war. Ich melde mich sofort und teilte ihnen in kurzen Worten meine Verhaftung, sowie die Situation in Reichenberg bei meiner Abfahrt von dort, mit, das Gespräch darüber wurde erst abgebrochen, als ich schon eine lange Weile auf meinem Strohsack saß. Am andern Tage hatte ich auch Gelegenheit, einige meiner Bekannten, die ich in der vergangenen Nacht nur gehört hatte, durch ihr vergittertes Zellenfenster, gegenüber im Hof zu sehen. Außer den 52, die in unseren Prozeß verwickelt waren, gab es noch ungefähr 50 andere in Untersuchung sitzende, oder ihre Strafe abbüßende Sozialdemokraten, so daß wir als eine girle hundert

Mann starke Gruppe die Situation im Prager Landesgerichte beherrschten. Im ganzen Laufe gab es keinen gemeinen Verbrecher mehr, alle, und wenn sie schon hundert Mal abgestraft Diebe waren, spielten sich als Sozialdemokraten auf. Viele von unseren Genossen wurden schon monatelang in Haft gehalten, um sich durch eine ziemlich lange Unterjuchungshast an ihnen zu rächen, weil man ihnen absolut nichts Strafbares nachweisen konnte, was eine Verurteilung ermöglicht hätte.

Ich kam dann mit dem Genossen Somere aus Kuffig (Er wohnt jetzt in Turin bei Teplig) und dem Genossen Schmid, Nähmaschinenhändler in Böhm.-Leipa, in eine Zelle. Zum Zeitvertreib spielten wir miteinander Schach. Die Figuren hiezu hatten wir uns aus Brotteig geknetet, der eine Teil daran wurde mit Stiefelwische schwarz gemacht. Als Schachbrett diente uns ein ebenso hergerichteter Pappendeckel, der aus der Papierdütenleberie, die in einer Abteilung des Landesgerichtes war, besorgt wurde. Und die weiblichen Sträflinge, die in den Gerichtszimmern wuschen und aufkauten, versorgten die Häftlinge mit Papier Tinte und Feder, so daß genug Material da war, um Motale (Briefchen) an die Gefinnungsgenossen zu schreiben. Ja, die Strafhäusinsassen dichteten sogar! Von uns war es insbesondere Genosse Josef Schiller, der wiederholt den Pegasus bestieg, um Ausflüge ins Reich der Phantasie zu machen. So verfaßte er ein Inquisitionenlied, das da begann: „Wenn ich morgens früh erwache, sinn ich auf Blut und Nach.“ Oder er besang sein Weibchen, eine geborene Worn Katharine, indem er anhub: „Im Jahre 1800 schätzig und neu, führte ich mein Mädchen ins Brautkammerlein.“ Schiller war während einer Zeit seiner Haft in der Papierfädelapperei tätig und arrangierte auch eine Lohnbewegung unter seinen Mitarbeitern, die Erfolg hatte.

Aus dem zusammengekneten Weichbrote wurden nicht nur zum Zeitvertreib Schachfiguren gemacht, sondern auch Galgen, allerdings in Miniatur, hergestellt, und an einen dieser Galgen wurde der aus Teig knetend ähnlich gemachte Untersuchungsrichter Kostofsky gehängt, woraus dem genialen Künstler eine Untersuchung erwuchs. Kurz, die Bilder aus dem Prager Gefängnisleben waren vielfach interessant. So feierten wir sozialistischen Häftlinge den 13. März, indem wir trotz Verbot, an diesem Tage rote Fähnchen aus Papier hinaussteden und demonstrativ, gleich früh, in allen Abteilungen die Marzeflässe anstimmten. Natürlich kam sofort der Befehl, den Gesang einzustellen und die Fähnchen herabzunehmen. Genosse Somere kam diesem Befehle nicht nach, was zwei Wacheleute bewog, in die Zelle, in der er war, einzudringen, um das Fähnchen herabzureißen, wobei es zwischen ihm und den Polizisten zu einer Balgerei kam, die zu einer Untersuchung durch den Hausinspektor führte. Und siehe da, bei der diesbezüglichen Verhandlung, bei der sich Sommer beklagte, tatsächlich angegriffen worden zu sein, leugneten die beiden Helben das Betreten der Zelle unseres Genossen. Dieser aber legte als Beweis eine Tabakdose, die einer der beiden Polizisten bei der Rauferei mit Sommer verloren hatte, auf den Tisch des Inspektors. Mit langer Nase muhnen dann die beiden abziehen.

Ein anderer Fall: Genosse Roscher Franz, litt an Durchfall, der Arzt aber wollte trotz wiederholter Vorstellungen nichts dagegen tun, so daß es um den Kranken schon ziemlich schlecht stand. Das bewog uns, eines Tages früh um 8 Uhr vollständig und demonstrativ zum Hausarzte zu gehen und energisch zu verlangen, daß Roscher ärztlich behandelt werde. Jeder von uns wurde einzeln zum Doktor vorgelassen und jeder verlangte von diesem energisch dasselbe, daß Roscher ärztlich behandelt werde, und daß keiner ruhig zulassen werde, daß einer von uns im Gefängnisse zugrunde gehe. Der Austritt machte viel Aufsehen in der ganzen Strafanstalt, aber er hatte zur Folge, daß sich Pane Doktorowi bewogen fühlte, den kranken Roscher nicht nur Medikamente zu verschreiben, sondern auch anzuordnen, daß der herabgekommene Patient ganze Spitalkost mit Fleisch bekomme.

Präsident des Landesgerichtes, war damals ein Ritter v. Tomnitschka, ein großer starker Mann, der von Zeit zu Zeit in Begleitung eines Schreibers und eines Wachsoldaten, die Häftlinge in ihren Zellen inspizierte. Er trat in die Zellen ein, ohne zu grüßen und ohne die Kopfbedeckung abzunehmen. Das verdroß die Zellenengenossen Kieseckter, Sommer und Schmidt; sie kamen miteinander überein, daß sie bei dem nächsten Besuche des Präsidenten, nicht aufstehen, sondern auf ihren Britschen sitzen bleiben werden. Als nun eines morgens der Herr Präsident, Ritter von Tomnitschka, wieder in ihr Gemach trat und die drei ruhig auf ihren Lagerstätten sitzen blieben, sagte er: „Na, was gehört sich, wenn der Präsident kommt?“ — „Da gehört sich, daß er grüßt und die Kopfbedeckung abnimmt, wie es bei anständigen Leuten Brauch ist.“ antworteten sie. Im ersten Momente war der nichts weniger als ritterliche Präsident sprachlos; dann aber fing er an zu toben von Sträflingen usw., worauf ihm unsere Genossen ihre Antwort nicht schuldig blieben, so daß er bald verdußete. In einer Weile aber, als die Inspektion beendet war, kam der alte Wachmann, der ihn begleitet hatte (es war ein Deutscher) an unser Zellenfenster und sprach seine Freude über den Empfang aus, den wir dem Herrn Präsidenten bei seinem Besuche bereitet hatten. Von diesem Tage an, hatten wir das Vertrauen dieses Wachmannes gewonnen, so daß er uns, wenn er nur halbwegs abkommen konnte, alle Tage früh brühwarm alle Neuigkeiten mitteilte, die sich den Tag zuvor zugegetragen hatten.

(Fortsetzung folgt.)

Die Baubeamten im Abwehrkämpfe.

Versammlung in Prag.

Der große Saal der Produktenbörse erwies sich als zu klein, um alle die Bau- und Sparfassenbeamten zu fassen, die der am Nachmittage erst herausgegebenen Parole gefolgt waren, um einen einmütigen Protest gegen den Genetakt der Banken zu erheben.

Nach Eröffnung der Versammlung ergreift Verbandssekretär Waschal das Wort und eröffnete den Stand der Verhandlungen. Die Banken, vereinigt im „Boaz bank“ haben, ohne die Angestellten zur Besprechung einzuladen, den Beschluß gefaßt, die am 1. Oktober fällige vierte Rate der Aufschlagsbeiträge nicht auszuführen und den Angestellten bloß als Widmung einen Betrag zur Auszahlung zu bringen, dessen Höhe jede Bank bestimmen kann, der aber höchstens 75 Prozent der bisherigen Beträge ausmachen darf. Gleichzeitig erklärten die Banken, daß sie am 1. Jänner zur vollständigen Streichung der außerordentlichen Zuschläge gezwungen sein werden, wenn die bisherige wirtschaftliche Entwicklung anhalte. Dieser Beschluß der Banken bedeute einen Schlag ins Gesicht der Organisation. Die Angestellten, die unter Hungerlöhnen im Krieg in größter Notlage sich befand, soll das Opfer der Kapitalisten dieses Staates werden. Durch diese Politik erbühen jedoch gerade den Banken die größten Gewinne, sobald heute bereits, im neunten Monat des Geschäftsjahres, eine Dividende in gleicher Höhe gefaßt sei wie im Vorjahre. Die Protestaktion der Bauangestellten nehme solche Formen an, daß die Angestellten gezwungen werden, endlich zu der Erkenntnis zu kommen, daß sie nur im Klassenkampfe, verbunden mit dem gesamten Proletariat, gegen das genierte Bankkapital Erfolg erzielen können. Der Zusammenbruch des vorjährigen Streikes hat die Kraft der Organisation geschwächt. Wenn aber alle, die heute hier versammelt sind, fest zusammenhalten, dann wird auch der Organisation das Rückgrat gegeben werden, das sie im Abwehrkampf braucht. Der schließliche Sieg wird aber dann erst kommen, wenn die Angestellten fest zum Proletariat halten, das im Endkampf um die Macht auch das Kapital besiegen wird. (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Darauf sprach für die tschechischen Angestellten Hruša. Nach ihm überbrachte im Namen der Zentralgewerkschaft der freien Angestellten-gewerkschaften Bauer der Versammlung die Zustimmung der Bankangestellten, daß diese treu hinter den Bankangestellten stehen werden.

Es sprach noch für die druzina úředníků Beamter Hinz und zum Schluß Doktor Freud. Letzterer wies nach, daß die Banken 15mal soviel verdienen wie in der Vorkriegszeit und daß dagegen die Gehälter der Angestellten bloß das Achtfache der Vorkriegszeit erhöht wurden, während die Angehörigen heute 1200, also das zwölfwache der Friedenswerte beträgt. Die Banken gewinnen heute bessere Kronen als vor einem Jahr. Wenn der Wert der Krone sank, hätte man die Gehälter nicht sofort erhöht, während man heute, wo erst ein Schimmer eines Preisabbaues zu bemerken ist, gleich daran geht, den Angestellten die Lebensmöglichkeit zu nehmen.

Unter großem Beifall der Anwesenden wurde hierauf die Protestversammlung von Vorsitzenden Krasa geschlossen.

Erwähnt zu werden verdient noch die Tatsache, daß der Bauverband auf ein Zerkleiden der Angestelltenorganisation, das den Anschlagsbeitrag betraf, überhaupt keine Antwort gab und erst nach zweimaliger Reklamierung mit dem eingangs angeführten Diskurs antwortete.

Kleine Chronik.

Eisenbahnunglücke. Auf der Eisenbahnstrecke Augsburg-Helden entgleiste in der Höhe von Augsburg ein Personenzug. Der Lokomotivführer und der Heizer wurden getötet, mehrere Reisende sind schwer verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend. — Zum zweiten Male ist am Mittwoch die Brücke über die Prachova in der Nähe von Sinaia eingestürzt. Der Einsturz geschah wieder in dem Augenblick, als der Wiener Expresszug über die Brücke fuhr. Die Lokomotive und ein Wagen stürzten in den Fluß. Wie noch erinnerrlich sein dürfte, hat sich erst vor zwei Monaten an derselben Stelle das gleiche Unglück ereignet. Während damals zahlreiche Reisende bei dem Einsturz den Tod fanden, soll das Unglück diesmal wenige Tote und Verletzte gefordert haben. — Der „Matin“ meldet, daß sich am Mittwoch in der Nähe von Quercetaro auf der Linie Mexiko-Laredo ein Eisenbahnunglück ereignet hat, bei dem 50 Personen getötet und 17 schwer verletzt worden sein sollen. Man glaubt an ein Verbrechen.

Die Elbe bei Hamburg durch Sturmflut ausgetreten. Im Nordsee- und Ostseegebiete herrschten in den letzten Tagen schwere Nordweststürme. Infolge der Sturmflut ist die Elbe bei Hamburg über die Ufer getreten. Die anliegenden Straßen und Plätze waren überschwemmt. Der angerichtete Schaden ist noch nicht zu überschauen. Ein englischer Kreuzer lief auf der Elbe auf Grund.

Ein Glücksfund auf dem Völkermarkt. Daß man heute noch auf dem Antiquitätenmarkt Schätze finden kann, wenn man Glück hat, beweist ein Fall, der aus Rouen gemeldet wird. Ein Besucher der Stadt hatte das seltene Glück, bei der Besichtigung eines liegenden Antiquariats ein Exemplar der Bulgaria vom Jahre 1670 aufzufindern und für bare fünf Francs in seinen Besitz zu bringen. Die Ausgabe, die in tadellosem Zustand ist, ist eine Seltenheit, die man in großen Bibliotheken vergeblich sucht.

Eine Erklärung des Aktionsausschusses der Koalitierten Eisenbahner-Nachwehrgenossenschaften.

Der Sekretär der „Jednota“ Herr Vitasek, hat sich in seiner Rede in der am 20. September 1922 auf der Sophieninsel stattgefundenen Versammlung der nationalsozialistischen Staatsbediensteten einigermassen bedient, die durch falsche Auffassung eine Anschuldigung gegen die unterfertigten Organisationen hervorgerufen könnte, daß diese durch ihr Vorgehen den Nationalsozialisten, der „Jednota“ zuzuzählen dröh“ einen gemeinsamen Vorgang in der Herbstaktion des Eisenbahner- und übrigen Staatsbediensteten-Perfonales unmöglich machen, indem die Organisationen selbst die stufenweise Herabsetzung der Gehälter beantragt hätten.

So hat j. B. Herr Sekretär Vitasek erklärt: Wir können nicht gemeinsam mit Leuten gehen, welche vor einigen Tagen mit zynischen Gesichten die großen und fleißigen Teile des Ganzen, wie es die Mezinárovni federace železnícaru und der „Spolek strojvůdů“ sind, abgewiesen haben.

Der Wahrheit entsprechend konstatieren wir hinzu:

Die mezinárovni federace ist von der Sitzung, an welcher Herr Vitasek selbst teilgenommen hat, aus den gleichen Gründen abgewiesen worden, aus welchen ein gemeinsamer Vorgang mit den Kommunisten von der Parteileitung der tschechischen Sozialisten (Klósak) und vom Zentralsekretär der „Česka obec dělníka (tsch.) Arbeitergewerkschaften Minister Tušný abgewiesen wurde, welcher nicht nur öffentlich jedwedes gemeinsame Vorgehen mit jenen abweist, welche unter der Parole „Einheitsfront“ systematisch die Arbeiterbewegung zerschlagen und die Lebensinteressen des geschwächten Proletariates zur Beute der argsten kapitalistischen Reaktion werden lassen, und die erklärten, daß die kommunistischen Schädlinge der Arbeiterbewegung vorerst von der Oberfläche des öffentlichen Lebens verschwinden müssen, bevor es überhaupt möglich sein wird, zur Bildung einer Einheitsfront des arbeitenden Volkes zu kommen.

Esferne es sich um den „Spolek strojvůdů“ handelt, ist dieser vom Vorsitzenden des unterfertigten Aktionsausschusses aufgefordert worden, sich am gemeinsamen Vorgehen zu beteiligen, doch hat dieser bis zum heutigen Tage seine Entscheidung nicht bekannt gegeben.

Hierzu bemerken wir, daß der Sekretär Vitasek weder den ersten noch zweiten Vorwurf in der Beratung vorgebrachten noch geltend gemacht hat, wo es sich um das gemeinsame Vorgehen handelte und wo er in Vertretung der „Jednota“ anwesend war.

Der Sekretär Vitasek erklärte weiter, daß die „Jednota“ mit dem Aktionsausschusse auch deshalb nicht gemeinsam gehen kann, weil wir angeblich die Herabsetzung der Bezüge beantragen, um so dem Nachschub entgegen zu kommen, währenddem die „Jednota“ auf der weiteren ungelösten Auszahlung der Teuerungszulagen für das Jahr 1923 besteht.

Wir begrüßen diese Forderung der „Jednota“ und wünschen nur, daß auch der Klub der tschechischen-sozialistischen Abgeordneten im Parlament kräftig und entschieden diese Forderung verteidigen und auch durchsetzen möge.

Hierzu konstatieren wir:

Wir fordern, wie übrigens ganz selbstverständlich ist, in unserer Resolution keine Herabsetzung der Gehälter, sondern stellen vor allem — trotz jedweden Versuches der Regierung auf Herabsetzung der Teuerungszulagen, wie dies bereits durch Monate von dem Repräsentanten der Regierungskoalition propagiert wurde, — Bedingungen, unter welchen einzig und allein eine solche Herabsetzung zugelassen werden könnte und fügen klar und deutlich unsere Forderung über die Art dieser Herabsetzung hinzu, von der wir überzeugt sind, daß sie sowohl den sozialen Bedürfnissen der Bediensteten als auch den Interessen der Volkswirtschaft des Staates entspricht. Wir beantragen einen Vorgang, welcher gleichzeitig das heute bestehende Mißverhältnis zwischen den Preisen der täglichen Bedarfsartikel und den erreichten Bezügen der Bediensteten ausgleicht. (Bei 200 Punkten der herabgesetzten Bedarfsartikel, nur 100 Punkte Gehaltsreduzierung und zwar erst nach drei Monaten.) Gleichzeitig soll unser Vorgehen das Unverhältnis zwischen den Bezügen der Bediensteten in der Vorkriegszeit, wie sie in den Privat- und Staatsunternehmen gezahlt wurden, ausgleichen, indem für die Staats- und Eisenbahnbefiensteten ein zweifacher Grundgehalt gegenüber der Vorkriegszeit neben der erhöhten Ortszulage und dem sozialen Gehalte (Kinderzulage) belassen werden soll.

Trotz der tönenden und lodenden Phrasen des Sekretärs Vitasek über die ungelösten Teuerungszulagen für das Jahr 1923, erklärte der Klubvorsitzende der tschechisch-sozialistischen Sozialisten, Herr Abg. Dr. Franke in derselben Versammlung:

„Darüber zu disputieren, daß die Löhne und Gehälter herabgesetzt werden, können wir erst dann, bis objektiv festgestellt wird, um wieviel tatsächlich die Preise gesunken sind und bis auch festgestellt wird, daß dieser Preissturz wenigstens für die gegenwärtige Zeit ein ständiger ist.“

In der auf der Sophieninsel angenommenen Resolution fordert er im zweiten Punkte, Abg. zwei, die Aufstellung einer Paritätskommission, wie dies unsere Resolution verlangt.

Der Aktionsausschuss der koalitierten Organisationen aber fordert, daß die Herabsetzung erst drei Monate bei nachweisbarer Preisreduzierung der Bedarfsartikel um 200 Punkte geschieht.

All dies führen wir deshalb an, damit wir für die Zukunft uns darauf berufen können, daß unsere Forderungen, gegenüber den Forderungen der Sophieninsel-Versammlung einen wesentlichen Unterschied zum Vorteile der Bediensteten beinhalten. Nebenbei erheben wir auch neuerlich unsere Forderung auf Einrechnung der Teuerungszulage in die festen Bezüge sofort bei Beginn der Herbstaktion. Wir legen erfahrungsgemäß die berechnete Befürchtung, daß die tschechischen Sozialisten sich an die papierenen Resolution der Sophieninsel kaum halten werden. Sollte dieser Fall tatsächlich eintreten, d. h. die Sophieninsel-Resolution von den eigenen Schöpfern verlassen werden, dann werden wir jedwede Ausrede zunichte machen, welche etwa die Tatsache verdecken soll, daß der Sophieninsel-Radikalismus eine Aktion zur Täuschung der Bediensteten gewesen ist.

Für den Aktionsausschuss der koalitierten Eisenbahner-Nachwehrgenossenschaften:

„Verband der Eisenbahner i. d. Tschl. Republik“, „Unie žel. zaměstnanců v Čsl. republice“, „Spolek čsl. úřednicků železničnicků“.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Neues Sachleistungsabkommen zwischen deutschen und französischen Kapitalisten. Zwischen der Firma Lehner- u. Siemens Kommanditgesellschaft, und einem französischen Syndikat, dem 88 französische Baufirmen angehören, wird ein Sachleistungsabkommen vorbereitet. Die französische und die deutsche Gruppe bilden eine gemeinschaftliche Arbeitskommission, die am 22. Oktober in Paris zusammentreten soll, um die Aufstellung eines Lieferungs- und Bauprogramms für das Frühjahr 1923 vorzubereiten. Die Klausel des Stinnes-Vertrages soll auch auf dieses Abkommen Anwendung finden. Von der an diesem Vertrag beteiligten französischen Gruppe wird ferner mitgeteilt, daß sich das französische Wiederaufbauministerium grundsätzlich mit der Verwendung von 50 Prozent ausländischer Arbeiter unter ihnen auch deutscher, einverstanden erklärt habe. Nach dem gegenwärtigen Stande der Arbeitspläne soll die Beschäftigung von etwa 40.000 deutschen Arbeitern im Wiederaufbaubereich in Frage kommen.

Das Defizit im polnischen Budget. In der Sitzung des Sejm vom 21. September erstattete der polnische Finanzminister das Finanzrezopé, aus dem hervorgeht, daß sich das Defizit im Budget bei einer Gesamtsumme von 1155 Milliarden auf 552 Milliarden polnischer Mark beläuft.

Kurse der Wäutten.

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	1200.—	Schw. Frank	0'17.—
Berlin	280.—	Mark	44.10
Wien	235.—	Österr. Kr.	2350.—

Prager Kurze.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1200.—	1204.—
100 Mark	280.—	280.—
100 schwed. Frank	520.50	523.50
10 Lire	120.75	121.25
100 franz. Frank	230.50	238.—
1 Pfund Sterling	130.25	137.75
1 Dollar	11.20	31.00
100 belg. Frank	224.50	226.70
100 Dinar	42.02	43.1—
100 österr. Kronen	0'04.—	0'05.—
100 poln. Mark	0'38.—	0'48.—
100 ungar. Kronen	1'27.50	1'37.50

Züricher Schlusskurze (Devisen).

Berlin	0'38.—	Paris	40.70
Wien	0'00.75	Mailand	22'52.50
Prag	17.—	Brüssel	0'22.—
Holland	207.50	Agram	1'22.50
New York	5'35.50	Warschau	0'07.—
London	23.00	Wien geit.	—

Kunst und Wissen.

Stinnes und Rathenau. Vorgesitern erschien vor dem Prager Publikum Stefan Großmann, um in einem Vortrag zwei große Persönlichkeiten des nachrevolutionären Deutschland, Stinnes und Rathenau, zu vergleichen. Hatte man gehofft, aus diesem Vergleich eine Reihe allgemein gültiger Erkenntnisse und Einsichten in das Wesen des heutigen Deutschland und in die soziale Entwicklung unserer Zeit zu gewinnen, so war man einigermaßen enttäuscht. Man kann nur zweierlei als die Ursache dieser Enttäuschung annehmen: Entweder hat Großmann überhaupt keinen Zusammenhang mit der kulturellen Bewegung des Proletariats mehr, oder hat er sich — so schien es jedem unvoreingenommenen Besucher — dem Prager bürgerlichen Publikum angepaßt. Vieles, was Großmann im Wanderton erzählte, war interessant, er ging, ohne ganz leicht zu sein, nicht zu tief auf die Probleme ein, er war bemüht, den Gegensatz zwischen den beiden Männern herauszuarbeiten, indem er ihren Ursprung und Lebenslauf schilderte und Historien von ihnen erzählte, er gab gelegentlich die Charakteristik eines Menschen oder einer Bewegung, es war nichts geradezu falsches, was er sagte, aber ohne daß es als allgemein gültig empfunden worden wäre und das Wesen der Sache getroffen hätte. Es war eben kein geschlossener Aufbau in dem Vortrag, sondern Großmann hüpfte von einem Problem zum anderen, rührte jedes an, ohne in die Tiefe zu gehen. So hat er Rathenau einfach als Idealisten hingestellt, was dieser bewußt gewesen sein mag, aber Großmann kennt doch die materialistische Geschichtsauffassung bis zu dem Grade, daß er weiß, daß nicht entscheidend ist, was ein Mensch von sich hält, sondern die sozialökonomische Funktion, die er ausübt. So gesehen, war Rathenau der Vertreter einer Bourgeoisie, die sich in die gegenwärtige ökonomische

Entwicklung einzufinden bemüht ist, sich sogar mit der Demokratie abgefunden hat und ihre Rolle auch behaupten will in dem Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, den Rathenau mehr gefühlt als klar erkannt hat. X.

„Der Freischütz.“ (Neues Deutsches Theater, 21. September 1922.) Die Entstehung der romantischen Oper „Der Freischütz“ fällt in jene Jahre, da Karl Maria von Weber nach dreieinhalbjähriger Tätigkeit als Kapellmeister des landständischen Theaters in Prag der Aufforderung des sächsischen Königs Folge leistete und die in Dresden zu errichtende deutsche Oper organisierte und leitete (1816). Die Erfahrungen und Einbrüche, die der Meister bei dieser Gelegenheit — namentlich durch die seinem Nationalinstitute von der damals in Dresden wirkenden italienischen Oper bereitete Konkurrenz — sammelte, haben die Schöpfung des „Freischütz“ als bewußt deutschen Kunstwerkes wesentlich beeinflusst. Der „Freischütz“ machte Weber mit einemmale nicht nur zum weltberühmten, sondern auch populärsten Komponisten seiner Zeit. Die musikalische Romantik, deren Schöpfer wir in Weber verehren, erblickt im „Freischütz“ ihr muttergütigstes Werk, — ein Werk, auf dessen opernreformerischen Errungenschaften kein Geringerer als Richard Wagner aufgebaut hat. Die deutschen Opernbühnen hätten darum alle Ursache, den „Freischütz“ hochzuhalten, nicht nur dadurch, daß sie ihn ständig auf ihren Spielplänen erhalten, sondern insbesondere dadurch, daß sie sich seiner Wiedergabe mit besonderer Sorgfalt und liebevoller Mühe annehmen. Bei uns dient der „Freischütz“ vom einen zum andernmale nur der untergeordneten Aufgabe von Sängerspielen. Jüngst war es Michael Bohnen, der den Jägerbüchsen Kaspar sang, früher spielte Fr. Müller als Agathe, diesmal war Fr. Fuchs als Knechtchen der Gast. Die von der Overture bis zum letzten Takte der Oper dringend notwendige musikalische und regieische Erneuerung vermissen wir heute wie vor einem Jahre. Fr. Fuchs, die den Anlaß zur diesmahligen „Freischütz“-Aufführung gab, ist berufen, als Nachfolgerin Frau Klein-Medlers das Opernfouretten-Geschäft zu übernehmen. Dazu dürfte die talentierte und auch stimmlich nicht überbestellte Sängerin aber kaum ausreichen; denn auf diesen Platz gehört keine halbflüchtige Anfängerin, sondern eine erprobte, ganze Kraft. Die beste Leistung des Abends war die Agathe Fr. Maria Müller, deren künstlerisches Wachstum in der schon geschilderten großen Arie überzeugend zum Ausdruck kam. Auch die Herren Macha (Max) und Sterned (Kaspar) boten ausgezeichnete künstlerische Leistungen; nur hätte sich ersterer vor unnötigem Fortreiten. —ek.

Neues Theater. Heute, den 23.: „Waldere“; Sonntag, den 24.: nachm. „Königsinder“, abends Puccini-Oper; Montag, den 25.: „Waldere“.

Kleine Bühne. Heute, den 23.: „Wermoff“; Sonntag, den 24.: nachm. „Mandrakola“, abends „Vatermord“.

Opernspiel Käthe Dorsch. Die Schauspielerin, die heute in Berlin im Vordergrund des Interesses steht, deren Darstellungskunst seitens der Kritik erhebliche Bedeutung zugesprochen wird, tritt nächste Woche vor das Prager Publikum. Die ausgezeichnete Künstlerin wird sich in drei ihrer glänzendsten Rollen zeigen, und zwar als „Madame Sans-Gene“, als Anna in Hans Wüllers „Klamme“, und in dem entzückenden Lustspiel „Nisi“ in der Titelrolle. Kartenverkauf ab Sonntag.

Gabriel Schillings „Flucht.“ Mit „Und Pippa tanzt“ hat das Schauspiel einen Oberst Hauptmann-Zyklus in Angriff genommen. Dieser findet seine Fortsetzung mit der Neustudierung des Schauspiels „Gabriel Schillings „Flucht“ am Dienstag, den 26. d. (226—2). Hierauf folgen „Michael Kramer“ und „Elga“.

Aus der Partei.

Ein Aufruf des Abgeordneten Kostka.

Der Abgeordnete Kostka hat an die Parteipresse einen Aufruf, betitelt „Auslanddeutsche für Inlanddeutsche“ gesandt, in dem zu Sammlungen aufgefordert wird und als Sammelstelle alle judendeutschen Zeitungen genannt werden. Ferner heißt es darin, daß die Abrechnungen dem Deutschen parlamentarischen Verband oder dem Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten zu übergeben sind.

Wir stellen fest, daß dies ein vollständig eigenmächtiges Vorgehen des Abgeordneten Kostka ist, daß er sich weder mit dem Klub der Abgeordneten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei noch mit unseren Zeitungen in Verbindung gesetzt hat, er von niemanden eine Zustimmung zu diesem Aufruf erhielt, weshalb der Parteipresse empfohlen wird, diesen Aufruf nicht zu veröffentlichen.

Das Sekretariat der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Frauenkreiskonferenz Troppan. Samstag, den 14. Oktober um 2 Uhr nachmittags findet im Arbeiterheim in Jägerndorf die ordentliche Frauenkreiskonferenz statt. Auf der Tagesordnung stehen: Tätigkeitsbericht, Organisation und Agitation, Jugendfürsorge, Wahl des Frauenkreismiteles und Eventuelles.

Bezirkskonferenz Karlsbad. Sonntag, den 8. Oktober im Hotel Wachtmeister in Fischern. Beginn 1 Uhr nachmittags. Tagesordnung: Die Weltwirtschaftskrise und die Aufgaben der Arbeiterpartei, Parteiarbeit, Neuwahlen und Allgemeines.

Vortrag über den Nürnberg Einigungsparteitag. Genosse Karl Cermak, Vertreter unserer Partei auf dem Nürnberger Einigungsparteitag, spricht über diesen in einer Plenarversammlung der politischen und gewerkschaftlichen Vertrauensleute Karlsbads Dienstag, den 26. September halb 8 Uhr abends im Hotel Wachtmeister in Fischern.

